

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 170.- M., bei Selbstabholung 145.- M. — Preis der Einzelnummer 3.- M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598
Vollschickkonto Nr. 53477 :: :: Vollschickkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598

Inseratenpreise: Die 8 gelbte Kolonelle oder deren Raum 20.- M., bei Platzvorschrift 25.- M.; Familiennachrichten, die 8 gelbte Zeile 10.- M., Reklame-Kolonelle 30.- M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Stützungsaktion der Mark.

Forderungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Die Parteiführer und die Regierung.

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung wurden gestern begonnen und sollen heute fortgesetzt werden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, sagt der Vorwärts, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der kurzen Ferien zusammentreten wird, um die sich aus der Lage ergebenden weiteren Schritte zu beschließen.

Im Mittelpunkt der obengenannten Verhandlungen standen die Forderungen, die die Reichstagsfraktion der SPD. in ihren letzten Fraktionsversammlungen aufgestellt hat. Sie lauten nach Darlegungen des SPD. folgendermaßen:

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist nach unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stützung der Mark. Zu diesem Zwecke ist ein Devisenfondus bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenverordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist jedoch nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung anderweitige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Ressorts so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenverordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fallen der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungsaktion auch die Devisenkontrollen verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wilden Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (eventuell in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungsamt), und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungspflichtigkeiten abgegeben werden.

Andererseits muß eine wertbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel suchenden Kapitalbesitzern Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen, ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern. Als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparrer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Kräftigung der notwendigen Stützungsaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspolitischen, sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuererziehung beschleunigt und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Zugewinnnahme durch Zollerhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbots eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinfbranntwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennereizwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstage einen Antrag auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Ueber-

zeugung ist, daß der „Segen der freien Wirtschaft“ zur Auswegung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gesteigerten Rohstofflieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz wesentlich beeinflusst ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

Unterredung Wilhms mit den Bankdirektoren.

SPD. Der Reichsanwalt führte am Mittwoch nachmittags mit den Vertretern der Großbanken eine Besprechung, die sich auf die Devisenverordnung und auf Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark bezog. Wie wir erfahren, ist nur ein Teil der Bankdirektoren der Auffassung, daß die Devisenverordnung aufgehoben werden muß, während ein anderer Teil die Ansicht vertritt, daß sich jetzt eine Aufhebung nicht möglich machen läßt. Positive Vorschläge zur Stabilisierung der Mark haben auch die Vertreter der Banken nicht gemacht, so daß also nach wie vor die einzig vorhandenen Vorschläge zur Eindämmung der Währungsnotlage von der Sozialdemokratie angeregt wurden. Das Grundübel unseres Elends schon die Vertreter der Banken in der passiven Handelsbilanz. Sie sind deshalb der Auffassung, daß zunächst hier Abhilfe geschaffen werden muß.

Niederlage der Kommunisten bei den Sowjetwahlen.

Helsingfors, 25. Oktober. (SB.) Die Stichwahlen in die Sowjets im Donbassin ergaben 45 Parteiloze, 18 Sozialisten und nur 37 Kommunisten. In diesem Jahre nahmen alle Arbeiter und Bergleute im Donbassin an der Wahl teil. Die Mehrzahl der Parteilozen sind heimliche Sozialisten. In einigen Bezirken sollen abermalige Stichwahlen stattfinden, da in diesen Orten die Kommunisten nicht einmal 10 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Die Arbeitslosigkeit in England. In der am 18. Oktober zu Ende gegangenen Woche betrug die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen 1 332 500.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4400 M.

„Christen“.



„Geh mit Gott, mein Sohn, dieses antichristliche Paß muß abgelehnt werden.“

Fruchtbare Arbeit im Finanzministerium.

Kein irgendwo ist die Arbeit, insofern der bitteren Nöte unserer Zeit, derart erschwert, wie im Finanzministerium. Die finanziellen Schwierigkeiten haben sich in den verflochtenen Monaten außerordentlich verschärft. Unter den vernichtenden Wirkungen des Versailler Friedensvertrages hat die Geldentwertung rapide Fortschritte gemacht, so daß heute die Kaufkraft der deutschen Mark, die zu Beginn dieses Jahres noch ein Bierglas ihres Friedensstandes betrug, auf kaum ein Tausendstel ihres Friedenswertes gesunken ist. Diese Geldentwertung hat wiederum zu Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie dazu geführt, daß mit den für den Staatshaushalt ursprünglich vorgesehenen Summen an persönlichen und sächlichen Ausgaben, die zumeist auf einer Veranschlagung nach dem Stande vom Juni 1921 beruhen, auch nicht annähernd auszukommen war und daher fast alle Titel des Haushaltsplans ganz erheblich überschritten werden mußten. Unter den obwaltenden Umständen konnte das Finanzministerium seine Zustimmung zu diesen Planüberschreitungen, gemäß Artikel 47 der Verfassung, nur in den schlimmsten Fällen verweigern.

Zu der für die Staatsfinanzen äußerst ungünstigen allgemeinen Entwicklung des Wirtschaftslebens kommt in letzter Zeit noch eine immer beängstigendere Form annehmende Knappheit an Zahlungsmitteln, die an die staatlichen Kassenstellen, insbesondere die Landeshauptkasse, ebenso wie an die Staatsbank ganz außerordentliche Anforderungen stellt. Bei der großen Kreditnot, unter der die gesamte Industrie zu leiden hat, sind die Mittel der großen privaten Bankinstitute derart in Anspruch genommen, daß sie für die Deckung des staatlichen Geldbedarfs nahezu völlig ausgeschieden sind. In hervorragender Weise hat diesen Ausfall die Staatsbank auszugleichen vermocht. Dieses junge Staatsunternehmen, gegen dessen Gründung die Deutschnationalen gestimmt haben, hat, trotz diesen schwierigen Verhältnissen, nicht nur die Interessen des Staates und seiner öffentlichen Organe in weitgehendem Maße gefördert, sondern auch den Ansprüchen weiterer Kreise von Handel, Industrie und Gewerbe zu entsprechen vermocht und damit, wie seine rasch aufstrebende Entwicklung zeigt, durchaus die Erwartungen erfüllt, die für seine Gründung maßgebend waren.

Daß die in jeder Hinsicht unsicheren Verhältnisse die Tätigkeit des Finanzministeriums außerordentlich schwierig gestalten mußten, ist ohne weiteres klar. Heute aufgestellte Finanzierungspläne und überschlägliche Berechnungen sind vielfach, bereits nach wenigen Tagen, wieder überholt; dabei liegen die benötigten Summen so sprunghaft, daß auch im Wege roher Schätzungen, der tatsächliche Bedarf kaum mehr zutreffend ermittelt werden konnte. In gleicher Weise ließ die Einnahmeseite die Möglichkeit des nötigen klaren Ueberblicks vermissen, weil hierbei allerhand völlig ungewisse Faktoren mitsprachen, und insbesondere die wesentliche Frage der Beteiligung des Landes an den Erträgen der Reichsteuern und der Höhe des Reichszuschusses zu dem Besoldungsmehrbedarf noch immer keine endgültige Entscheidung gefunden hat.

Die allgemeine finanzielle Ungewißheit führte weiterhin dazu, daß das Finanzministerium in ganz besonderem Maße durch die Beratungen im Landtag in Anspruch genommen wurde, ganz abgesehen von den langwierigen Verhandlungen, die der Verabschiedung des Staatswirtschaftsgesetzes und des Gesetzes über den Staatsrechnungshof vorausgingen.

Das Staatswirtschaftsgesetz bezweckt unter anderem die Entbürokratisierung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und die Einführung der kaufmännischen Betriebs- bzw. Rechnungsmethode, damit die Staatsbetriebe in Zukunft, auch bei vorbildlichen Arbeitsverhältnissen, die Rentabilität der Privatbetriebe erreichen. Da insofern dieser Umwandlung der Hausaltplan nicht mehr, wie bisher, die ziffernmäßige Einzelübersicht über Einnahmen und Ausgaben dieser Betriebe bieten kann, wurde, auf Drängen der SPD-Fraktion, für diese Betriebe ein sogenannter Verwaltungsrat oder Beirat geschaffen, in dem neben Sachverständigen, zum Zwecke der Information und Fühlungnahme des Parlamentes mit diesen Betrieben, auch Mitglieder des Landtages Sitz und Stimme haben werden. Sodann aber wurde, gemäß unseres Grundgesetzes der Wirtschaftsdemokratie, dafür gesorgt, daß auch die Arbeiter und Beamten oder Angestellten dieser Betriebe in den Beiräten vertreten sind. Dadurch wird einmal die Arbeitnehmererschaft zur Mitleitung und Mitverantwortung derartiger Wirtschaftsbetriebe erzogen, und im übrigen soll damit ein reibungsloseres Zusammenarbeiten der Betriebsleitungen mit der Arbeitnehmererschaft erreicht und diese durch ihre Delegierten auch über die großen Gesichtspunkte kaufmännischer und betriebstechnischer Dispositionen unterrichtet werden.

Besonders gegen diese wirtschaftsdemokratische Tendenz des Gesetzes haben sich die Vertreter der Rechtsparteien im Finanzausschuß B gewehrt, und sie haben, hauptsächlich aus diesem Grunde, das Gesetz bei der Endabstimmung im Plenum abgelehnt.

Bezeichnend ist übrigens das Verhalten der Demokraten.

Obwohl ihr früherer Finanzminister, Dr. Reihold, sich selbst zu dem Gedanken des Verwaltungsvertrages bekannt hat, ließen ihn seine sämtlichen Parteifreunde sitzen und sprachen und stimmten gegen diese Institution. (In der Endabstimmung haben sie allerdings dem Staatswirtschaftsgesetz dann zugestimmt.)

Ueber den Staatsrechnungshof ist folgendes zu sagen:

Die vorrevolutionäre Regierung war bekanntlich nicht vom Willen des Landtages gewählt und diesem verantwortlich, sondern von der Krone ernannt. Um aber die Minister kontrollieren und vor dem Landtag zur Rechenschaft ziehen zu können, wurde, als Gegengewicht gegen die unabhängige Regierung, die Oberrechnungskammer, der jetzige Staatsrechnungshof, geschaffen. Da aber die Beamten der Oberrechnungskammer den Ministern unterstellt waren und von ihnen jederzeit entlassen werden konnten, mußte diese Macht des Ministerpräsidenten aufgehoben werden. Das geschah dadurch, daß man die Beamten der Oberrechnungskammer auf Lebenszeit wählte. Die jetzige parlamentarische Regierung wird aber vom Landtag gewählt und kann von diesem jederzeit abberufen werden. Sie ist dem Landtag für jede Maßnahme verantwortlich. Unter Berücksichtigung dieser neuen Verhältnisse erscheint die Oberrechnungskammer als ein Zwischenglied, das sich hemmend zwischen Landtag und Regierung auswirkt. Da die Mitglieder der alten Oberrechnungskammer auf Lebenszeit gewählt wurden und in ihrer politischen Anschauung mit der neuen Staatsform wenig konform gingen, benutzten sie ihre Stellung, um der Regierung, besonders in den Wirtschaftsbetrieben, dauernd Schwierigkeiten zu bereiten. U. a. wurde, auf Grund der Tatsache, daß in einem Staatswerk ein Dampfkessel 1919 bestellt, jedoch erst ein Jahr später geliefert wurde, und, entsprechend dem gestiegenen Marktwert, auch höher, als im Etat angelegt, bezahlt werden mußte, ein Nachprüfungsverfahren eingeleitet, der Minister zur Rechenschaft gezogen, Schriftstücke über Schrittstücke angefertigt und so die Arbeit des Ministers aufs gründlichste gehemmt. Um diesem Uebelstand abzuhelfen und die parlamentarische Regierung von einer außerparlamentarischen unverantwortlichen Kontrollinstanz zu befreien, bestimmte das Gesetz über den Staatsrechnungshof, daß die leitenden Beamten der Oberrechnungskammer nicht mehr auf Lebenszeit gewählt werden, sondern wie jeder andere Beamte zu betrachten sind, mithin auch versetzt werden können. Weiter, daß sie nicht mehr in die sachliche Materie der Wirtschaftsbetriebe hineingereden, sondern sich einzig und allein auf die rein rechnerische Prüfung zu beschränken haben. Die letztere Maßnahme entspricht ganz dem parlamentarischen System, wonach der Minister in allen seinen Maßnahmen allein dem Parlament verantwortlich ist.

Gegen dieses Gesetz stimmten nicht nur die Deutschnationalen und Volksparteiler, sondern auch die Demokraten.

Die fortgesetzten Änderungen im staatlichen Besoldungswesen brachten für die staatlichen Kassen- und Rechnungstellen eine starke Belastung mit sich; wenn es gleichwohl gelungen ist, die Schwierigkeiten nahezu reibungslos zu überwinden, so war dies nur mit äußerster Anspannung aller Kräfte möglich.

Daß die von Tag zu Tag sich verschiebenden wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiten der Aufstellung des Nachtrags zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 und des Haushaltsplans für 1923 ungemein stören und immer verwickelter gestalten mußten, bedarf keiner weiteren Darlegung; mit allen Mitteln wird jedoch auch hier versucht, in den Anschlagsummen dem tatsächlichen Bedarfe möglichst nahekommen, soweit dies unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt erreichbar ist. Sowohl für den Haushaltsplan, wie vor allem für den Rechnungsbereich sind weitgehende Vereinfachungen in Aussicht genommen, durch die den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen des Landtages Rechnung getragen werden soll.

Die Verhandlungen über die Auseinandersetzung mit demormaligen König sind inzwischen soweit gefördert worden, daß dem neuen Landtage alsbald nach seinem Zusammentritt eine Vorlage hierüber wird unterbreitet werden können.

Auf steuerlichem Gebiete war in erster Linie für die Durchführung der vom Landtage im vorigen Jahre verabschiedeten des Gewerbesteuerergesetzes vom 6. Oktober 1921 und des Grundsteuergesetzes vom 7. Oktober 1921, Sorge zu tragen. Es wurde deshalb unter dem 25. Januar 1922 eine Verordnung zur Ausführung des Gewerbesteuerergesetzes erlassen. Weiterhin sind zahlreiche Einzelanweisungen und Bekanntmachungen ergangen, die die Durchführung der erstmaligen Veranlagung der Gewerbesteuer zum Gegenstande haben. In Ausführung des Grundsteuergesetzes wurde zunächst die Organisation der neuen Grundsteuerbehörden (Städte, Amtshauptmannschaften und gewisse Landgemeinden), die Festlegung ihrer Bezirke und Ausschussbezirke, sowie die Einrichtung der neuen sächsischen Steuerdirektion durchgeführt. Zur Vorbereitung der die restlose Erfassung aller steuerpflichtigen Grundstücke des Landes bezweckenden Grundstücksaufnahme wurde verordnet, daß an der Hand der Unterlagen des alten Grundsteuerbestandes für jedes steuerpflichtige Grundstück eine Schätzungskarte mit den wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Grundstücksmerkmalen anzulegen ist. Unter dem 5. Mai 1922 wurde die Anweisung zur Wertermittlung für die Grundsteuerveranlagung erlassen, durch die im ganzen Lande die vom Grundsteuergesetz erstrebte einheitliche, sozialgerechte Belastung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes gewährleistet werden soll. Schließlich wurde am 25. Juli 1922 die hauptsächlich die Verfahrensvorschriften enthaltende Ausführungsverordnung zum Grundsteuergesetz erlassen.

Da mit dem Wegfall der alten staatlichen Grundsteuer, deren Verwaltung den Reichsfinanzbehörden übertragen war, auch die Führung der Flurbücher und Grundsteuerkataster (Bestandsbücher) durch die Finanzämter ihr Ende gefunden hat, mußte die Fortführung dieser Bücher, die unter Weglassung der auf die alte Grundsteuer bezüglichen Einträge auch weiterhin erforderlich ist, den am Sitze der ehemaligen Bezirkssteuereinnahmen befindlichen staatlichen vermessungstechnischen Dienststellen übertragen werden. Diese Dienststellen erhielten die Bezeichnung Bezirksvermessungsämter. Der Erlaß einer neuen Flurbuchordnung und weiterer das Zergliederungswesen neu regelnder Verordnungen ist in Vorbereitung.

Zur Ergänzung und Ausführung der in seinen Grundzügen reichsrechtlich geregelten Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues erging das Landesgesetz über eine Wohnungsbauabgabe vom 2. Juni 1922 und die Ausführungsverordnung dazu vom 4. August 1922. Dadurch ist die alsbaldige Veranlagung und Erhebung dieser Abgabe gesichert.

Die Wohnungsbauabgabe bezweckt die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues,

wozu die Länder durch das Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 zwangsläufig verpflichtet sind. Nach dem Gesetze sind für 1921 von der Friedensmiete (1. Oktober 1914) 15 Prozent als Abgabe zu entrichten, so daß für eine Friedensmiete von 400 Mark 60 Mark Wohnungsbauabgabe in Frage kommen. Für 1922 sieht das Reichsgesetz 50 Prozent (je 25 Prozent Staat und Gemeinde) vor, demnach bei einer Friedensmiete von 400 Mark 200 Mark Wohnungsbauabgabe.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten verlangten im Landtage bei der Beratung des Gesetzes Zuschläge auf die Grundsteuer oder Zuschläge zur Reichseinkommensteuer, da diese Wohnungsbauabgabe als Mietsteuer unsozial wirke. Leider gestattete das Reichsgesetz derartige Verlangen nicht. Nach § 10 des Reichsgesetzes sind die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, deren steuerbares Jahreseinkommen 20 000 Mark nicht übersteigt, oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeuten würde, von der Abgabe zu befreien.

Die bestehenden Mietsteuern in den Gemeinden dürfen, außer einer Wohnungsluxussteuer, ab 1. April 1922 nicht mehr erhoben werden.

Bei den Beratungen wurde auch festgestellt, daß die sächsische sozialistische Regierung für den Bau von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterwohnungen im Rechnungsjahre 1921 23 887 000 Mark und im Rechnungsjahre 1922 54 121 500 Mark eingestellt habe und so in jeder Weise versuche, die frasse Wohnungsnot wenigstens einigermaßen zu lindern.

„Wenn du aber garnichts hast...“ 168 Mark pro Woche für einen Arbeitslosen.

Die von Jahresbeginn bis zum August sich immer mehr steigende Beschäftigungsmöglichkeit beginnt in den letzten Wochen merklich nachzulassen. Das graphische Gewerbe, die Textilindustrie, das Bekleidungs-gewerbe, fangen an, verkürzt zu arbeiten oder Entlassungen vorzunehmen. Kaufleute werden stellenlos, ungelernete Arbeiterkräfte, die im September und anfangs Oktober noch immer gut beschäftigt waren, finden weniger Arbeitsgelegenheit, und langsam aber beständig steigt die Zahl der Arbeitslosen.

Die immerwährend wachsende Teuerung, die sogar dem regelmäßig Verdienenden nur eine kümmerliche Existenz gewährt, wird mit voller Wucht auf dem Teil der Arbeiterklasse lasten, der in diesem Winter der Arbeitslosigkeit verfallen. Wenn unsere Arbeitslosen nicht plattweg verhungern sollen, so müssen die geradezu erschreckend niedrigen Unterhaltungsätze für Arbeitslose eine sofortige Erhöhung finden. Für unter 21 Jahre alte Personen gilt jetzt nach der gleiche Satz, der am 8. Februar 1922 in Kraft trat, ebenso für alle über 21 Jahre alten Personen, die bei Eltern und Verwandten wohnen! Am 14. August sind lediglich die Sätze für Arbeitslose über 21 Jahre mit einem selbständigen Haushalt und für Ehefrauen und Kinder erhöht worden.

Ein erwachsener Mann, der einen eigenen Haushalt besitzt, erhält an Unterstützung wöchentlich ganze 108 Mark, für die er sich gerade ein Viertelpfund Fett kaufen kann. Seine Frau soll gar mit 78 Mark auskommen, und mit 67,50 Mark, für die nicht einmal 1/4 Liter Milch zu erhalten ist, soll das Ehepaar sein Kind menschenwürdig ernähren. Dieses Kind steht sich aber immer noch besser als ein unter 21 Jahre alter Arbeitsloser, der im Haushalt eines anderen wohnt. Dieser erhält noch 7,50 Mark weniger als ein Kind und soll mit wöchentlich 60 Mark auskommen. Das für vermag er sich gerade 50 Gramm Fett zu kaufen!

Und diese Sätze, die dem Unterhalten einen schnellen Hunger- und gar keinen, werden in Ortsklasse A gewährt, in den anderen Ortsklassen sind sie noch ungenügender.

Die Stadt Leipzig fordert jetzt von dem Vater eines unehelichen Kindes einen Monatsatz von 2000 Mark, der in Anbetracht der Teuerung gewiß nicht zu hoch berechnet ist.

Ein Arbeitsloser aber erhält für sein Kind monatlich nur 292,50 Mark. Bekommt doch der Familienvater selbst nur 728 Mark pro Monat, d. h. ungefähr ein Drittel dessen, was für ein Kleinkind auszugeben wird. Ja, angenommen, ein noch nicht 21 Jahre alter Mann, der im Haushalte eines anderen lebt, sei Vater eines unehelichen Kindes, so bestimme er als Arbeitsloser monatlich 200 Mark Unterstützung für sich, müßte aber 2000 Mark für sein Kind zahlen. Da ein Erwerbsloser erst dann Unterstützung erhält, wenn das Gesamtinkommen aller Familienmitglieder ein Existenzminimum von wöchentlich 1200 Mark für den Haushaltsvorstand und 600 Mark für jedes Familienmitglied nicht übersteigt, so bleibt die Mehrzahl der Arbeitslosen überhaupt ohne Unterstützung, wenn noch erwerbsfähige andere Familienmitglieder vorhanden sind. Ein solches „Existenzminimum“ steht tief unter allen Lebensnotwendigkeiten, so daß eine solche Familie gezwungen ist, Fürsorgeunterstützung aus Gemeindegeldern zu beanspruchen.

Indem das Reich die notwendigen Ausgaben für die erwerbslosen Proletarier spart, häuft es auch diese Lasten noch den Gemeinden auf, denen bereits die Unterstützung aller derjenigen aufgebürdet wurde, die länger als 26 Wochen erwerbslos sind.

Das vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig errechnete Existenzminimum für ein Ehepaar und 3 Kinder betrug nach dem Stichtag vom 18. Oktober wöchentlich 4282 Mk., ein Arbeitsloser mit Frau und drei Kindern erhält aber nur 448,50 Mark. Kann man sich einen größeren Kontrast zwischen den notwendigen Bedürfnissen und den gänzlich unzureichenden Mitteln, sie zu befriedigen, vorstellen? Derartige Unterstützungssätze bedeuten unter den heutigen Verhältnissen nichts, als eine Verhöhnung der auf der Straße liegenden Arbeiter, die in dem Augenblick mittellos sind, und die dem Elend anheimzufallen, sobald sie aus dem Betrieb entlassen werden.

Uns steht ein Winter bevor, der voraussichtlich große Massen Erwerbsloser in einer Zeit größter Teuerung bringen wird. Die finanziell völlig erschöpften Gemeinden sind gänzlich außerstande, der Not zu steuern. Wenn die Reichsregierung die Erwerbslosenunterstützung nicht kühnheitig, und zwar sehr beträchtlich erhöht, trägt sie die Verantwortung, wenn die hungernden Massen zu Mitteln der Verzweiflung greifen. Sollen sie die Gesetze einer Gesellschaft achten, die sie verhungern läßt? Sollen sie geduldig zusehen, wie ihre Ausbeuter ein sorgenloses Schlemmerleben führen, während die Not in der erschrecklichsten Gestalt bei ihnen zu Hause ist!

Die Erwerbslosenunterstützung ist dem Bürgertum nichts anderes als eine Versicherungsprämie, die es zum Schutze seines Eigentums und seines Lebens dem Arbeitslosen aus dem allgemeinen Sackel zahlt. Die Not wird es gebieterisch zwingen, eine höhere Prämie zu zahlen und „sozial denken“ zu lernen.

Die Arbeiterkraft kann und wird nicht länger aufsehen, wie ihre erwerbslosen Klassenangehörigen kalblütig dem Hunger überlassen werden, während die industriellen Unternehmungen Rekordgewinne machen.

Sie verlangt gebieterisch die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung!

Vor einem Regierungswechsel in Bayern?

München, 25. Oktober. (SPD.) In den Andeutungen unseres Parteiprogna, der Münchner Post, daß ein Regierungswechsel in Bayern wegen der bayerischen Teuerungswirtschaft bevorstehe, schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in auffallend zurückhaltender Weise: „Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Bayerischen Volkspartei brauchen aber nicht die Ursachen zu weitgehenden Folgen zu sein, wie sie in der Münchner Post angedeutet sind.“ Die Augsburger Volkszeitung gibt zu, daß sich die Lage ernstlich zuspitzt hat und daß sich Graf Ledebauer vor folgenschwere Entscheidungen gestellt sehen könne. Die Denkschrift sei durch den Gang der Ereignisse als erledigt zu betrachten.

Die Reise der Reparationskommission.

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber den Zweck der Reise der Reparationskommission schreibt die Freiheit, daß die Reparationskommission sich nach Berlin begeben, um dort das Garantiekomitee mit allen möglichen Vollmachten zu befehlen. Der Pariser Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung vertritt die Meinung, daß die Verhandlungen der Kommission auf einem taten Punkt angelangt waren und daß sie mit der Berliner Reise einen Ausweg suche, von dem im Ernst aber niemand viel erwarte. Er sieht sich dabei auf eine Notiz im „Intransigent“, der schreibt, daß auch zu Zeiten des Ministeriums Briand und am Anfang der Regierung Poincaré die gleichen Maßnahmen und die gleichen Formen angewandt worden seien. Die Garantiekommission sei in ganz gleicher Weise in die deutsche Hauptstadt gereist. Sie sei enttäuscht zurückgekommen und mit der Ueberzeugung, daß die deutsche Kräfte mit den damals vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen nicht gebessert werden könne.

Die neuen Kohlenforderungen der Entente.

Berlin, 25. Oktober. Im Zusammenhang mit einer in der Presse verbreiteten Meldung über eine Entente mit neuen Kohlenforderungen erzählt die T. U. von zuständiger Seite.

Im Laufe des Oktober ist eine Note der alliierten Regierungen entworfen, die neue Kohlenforderungen an die deutsche Regierung stellt. Am 21. Juli d. J. war zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten vereinbart worden, daß in der Zeit vom 1. August bis zum 1. November 1 725 000 Tonnen deutsche Kohlen und 25 000 Tonnen ober-schlesische Kohle an die Alliierten abgeliefert werden sollten. Wenn die gesamte deutsche Kohlenförderung 8,3 Mill. Tonnen übersteigt, sollte die deutsche Regierung 20 Prozent Ueberschusses an die Alliierten abtreten. Nach dem Verluste Oberschlesiens und bei der Haltung der polnischen Regierung war es der deutschen Regierung unmöglich, ober-schlesische Kohle zu beschaffen. Unter empfindlicher Schädigung der deutschen Wirtschaft gelang es in den Monaten August bis Oktober 1,8 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten zu liefern. Trotzdem traf Mitte des Monats eine neue Note der Alliierten ein, die außer den vereinbarten 1 725 000 Tonnen Kohlen noch 20 Prozent des Förderungsüberschusses verlangt. Dieser Ueberschuß würde monatlich weit über 200 000 Tonnen ausmachen. Die Reichsregierung sieht sich nicht in der Lage, diese Forderung zu erfüllen. Vor einer ablehnenden Antwort beschäftigt der Kanzler, am Sonnabend mit Abschluss der Industrie in Verbindung zu treten, um die zahlenmäßigen Unterlagen für die ablehnende Antwort zu gewinnen. Um unser Wirtschaftsleben im Gange zu erhalten, um Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerte genügend zu versorgen, ist in den letzten Monaten für 8-9 Milliarden Papiermark ausländische Kohle eingeführt worden. Unter diesen Umständen würde die Erfüllung der Forderungen der Entente den Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens bedeuten.

Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 25. Oktober. (M. B.) Durch die erhebliche Verschlechterung der Mark und auch bei der Reichsbahn die höchsten und persönlichen Ausgaben ungeheuer gestiegen. Die geltenden Eisenbahntarife werden deshalb zum 1. November d. J. um 50 Prozent erhöht. Die Tarifermäßigung für Kartoffeln und Obst bleibt bestehen.

Eröffnung des Thüringer Landtages.

Thüringen gehört, wie unlängst die deutschnationalen Dresdner Nachrichten darlegten, zu jenen „sozialistischen Block der mitteldeutschen Staaten“, dessen Gründung „in stiller, selbstbewußter Hartnäckigkeit betrieben wird“. Der Ansturm des sächsischen Bürgertums in diesen Tagen, stellt sich als unmittelbares Ziel, diesen Block zu sprengen, der „die Reichsregierung auf dem Wege des Sozialismus weiterzudrängen soll“.

Nachdem die Kreis- und Gemeindevorstände in Thüringen den bürgerlichen Parteien eine kleine Mehrheit gebracht hatten, verdrängen nunmehr ihre Vertreter im Landtage, der Regierung nahelegen, die Volksvertretung Thüringens aufzulösen, um anstelle der „veränderten Verhältnisse“ der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen. Der Minister, Genosse Friedrich, beantwortete die Interpellation der bürgerlichen Parteien und bedeutete ihnen, daß ihre Instanz an eine völlig verkehrte Adresse gerichtet sei. Die Auflösung des Landtages könne nur durch einen Beschluß desselben erfolgen, da die Regierung lediglich von diesem beschließt worden sei. Demzufolge hätten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien an den Landtag selbst zu wenden, um ihren Anregungen Geltung zu verschaffen. Zulezt wird es auch in Thüringen von der Haltung der Kommunisten abhängen, ob dem Wunsche der bürgerlichen Reaktion Rechnung getragen wird.

Nach tatsächlichen die mitteldeutschen Staaten, die durch ein sozialistisches Ministerium regiert werden, den Willen haben, die Reichsregierung, wie die Dresdner Neuesten Nachrichten schreiben, auf dem Wege des Sozialismus vorwärts zu treiben, jetzt u. a. eine Interpellation, die die Vereinigte Sozialdemokratische Partei im Landtage einbrachte und die dem sozialistischen Ministerium als Richtschnur dienen soll. Sie legt zunächst, daß das Schwergewicht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik durch das Reich, nämlich der Reichstag und seiner bürgerlichen Mehrheit, liege. Die sozialdemokratische Fraktion brachte daher um auf dem Wege über die thüringische Regierung auf das Reichsministerium einen Druck auszuüben, eine Anfrage ein, die in folgenden Forderungen gipfelt:

1. Ist die Thüringer Regierung bereit, beim Reiche dahin zu wirken, daß die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln scharf angewandt und so ausgebaut wird, daß eine Spekulation auf diesem Gebiete in Zukunft unmöglich ist?
2. Ist die Thüringer Regierung bereit, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die gerade beim Ausbruch besonders stark auftretende Auswanderung der drohenden Bevölkerung durch die privatkapitalistische Zwangsbewirtschaftung des Zuckerkapitals zu verhindern?
3. Ist sie ferner bereit, alle Schritte beim Reiche und im Bande zu tun, um die Versorgung der Thüringer Bevölkerung mit Brotgetreide und Kartoffeln sicherzustellen?
4. Ist sie bereit, in der bereits eingeschlagenen Richtung fortzuführen, die Versorgung der Bevölkerung aus staatlichen und privaten Voräten mit Brennholz sicherzustellen?
5. Ist sie bereit, bei der sich immer wieder aus der Anarchie der privatkapitalistischen Wirtschaft ergebenden Möglichkeit von Massenarbeitslosigkeit, dieser mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten?

Es wird von dem Ausfall der Wahlen in Sachsen abhängen, die sächsischen Wähler werden zu entscheiden haben, wie sich der kommende Kurs der Reichsregierung stellen wird. Die Wahlen haben daher ein eminent politisches Interesse für die Entwicklung des gesamten Reiches. Wird der von den Dresdner Nachrichten geforderte sozialistische Block in Mitteldeutschland gesprengt, dann wird auch die Aktionsfähigkeit der thüringischen Regierung gemindert.

Daher auf zum Kampf! Die Wahlen in Sachsen entscheiden nicht nur über den Fortbestand der thüringischen Regierung, sie entscheiden über die kommende Gestaltung der gesamten Wirtschaftspolitik des Reiches.

Der Hotelkonzern Stinnes. Stinnes hat das Hotel Kontinent, das eines der bekanntesten Hotels Münchens, gekauft.

Wird endlich Ernst gemacht?

Leipzig, 25. Oktober.

„Es muß einmal gezeigt werden, daß Ernst gemacht wird,“ sagte heute der Reichsanwalt vor dem Staatsgerichtshof, als er begründete, weshalb das Verfahren gegen den „dummen Jungen“, den Landwirtschafstseleven Zieple vor dem Staatsgerichtshof gebracht und nicht an ein niederes Gericht verwiesen worden sei. Er führte aus, daß das Urteil des Staatsgerichtshofs in weitere Kreise dringe, als das eines gewöhnlichen Gerichts, und daß es nötig sei, der weitesten Öffentlichkeit zu zeigen, wie solche Vergehen geahndet werden. Das Bedürfnis besteht allerdings, denn — das konnte der Herr Reichsanwalt allerdings nicht sagen, aber das fügen wir hinzu — die bisherige Gerichtspraxis bei Vergehen, die sich gegen die Republik und ihre Träger richteten, war infolge der antirepublikanischen Gesinnung vieler Richter in nicht wenigen Fällen eine Justiz gegen die Republik und sah nicht selten wie eine Ermunterung der Täter zu neuen Taten aus.

So kam also der dumme Junge, wieder eines der typischen Produkte, wie sie die „nationale Erziehung“ auf den „höheren Schulen“ züchtet: anmaßend, gemütsroh und haltlos, vor dem Staatsgerichtshof. Der hat ihn nicht ganz so scharf beurteilt wie der Reichsanwalt; anstatt eines Jahres, wie dieser beantragte, gab das Gericht ihm neun Monate Gefängnis. Immerhin, das Strafmaß geht in diesem Falle an. Aber es scheint uns in einem starken Mißverhältnis zu der Strafe zu stehen, die der Kapitänleutnant a. D. Dietrich tags zuvor für die Begünstigung der Rathenau-Mörder erhielt. Selbst wenn man die Vorstrafe Zieples in Betracht zieht, will uns scheinen, als ob der sehr viel ältere Dietrich im Vergleich zu ihm unverhältnismäßig gelinde davongekommen ist. Anscheinend hat seine Verheerung, daß er mit der Tat der Mörder nichts zu tun gehabt und nur durch das an sich ehrenwerte Motiv der Kameradschaft zu seiner Begünstigungshandlung gebracht worden sei, hat namentlich die Betonung, daß er mit Kern in Gefechts-gemeinschaft gestanden habe, auf die Bewertung seiner Tat eingewirkt. Wir meinen freilich, daß da die Kameradschaft zu hoch bewertet ist gegenüber der Pflicht des Staatsbürgers, die er dem Staate schuldet. Diese Pflicht einzuschärfen, wird mit solchem auffällig milden Urteil sicher nicht erreicht, und die Kreise, die den Mord von Republikanern und die Unterwühlung der Republik durch Beschimpfung ihrer Träger und Aufmunterung zu Mordtaten betreiben, werden aus solchem Urteil wahrscheinlich schließen, daß immer noch nicht Ernst gemacht wird von der Justiz der bedrohten Republik.

Die Fälle Zieple und Goethe zeigen, wie frech die Be-schuldigung der Republik und ihrer Vertreter von ihren Feinden betrieben wird, wie in der Jugend wie unter den Altersklassen, die reifer sein sollten, Fanatiker herangezogen werden, die den politischen Mord als ethe so natürliche Sache ansehen, daß ihnen die Empfindung solcher „nationaler Tat“ bei jeder Gelegenheit auf die Lippen oder in die Feder tritt. Diese an sich unbedeutenden Prozesse lassen uns einen Blick in die Verfallstadien des politischen Mordes tun, zeigen uns, wie weit die vergiftete Atmosphäre schon verbreitet ist, in der der Mord wächst. Sie zeigen uns, wie dringend notwendig es ist, die Republik vor dem „nationalen“ Mordgeheimnis zu schützen. Um so dringlicher ist es, alle Machtpositionen, die in zuverlässig republikanischen Händen sind, zu halten. Eine sozialistische Mehrheit bei den Landtagswahlen in Sachsen am 5. November, das ist wirklicher Schutz der Republik. Jeder Proletarier, jeder freiheitlich Denkende muß mit aller Kraft dahin arbeiten, daß am 5. November die Republik triumphiert!

Am 5. November heißt es endlich Ernst machen!

Aus Anlaß der Hinmordung des Reichsministers Rathenau hatte die Reichsregierung eine Bekanntmachung, „Der Mord am Reichsminister“ erlassen, die in allen Gemeinden angeschlagen wurde. In Schönhaußen geschah das an dem Spritzenhaus. Dort ist die am 27. Juli der Angeklagte Rudolf Zieple, der in dem Orte als Wirtschaftselevé tätig war, ab. Am 30. Juli heftete er dafür ein selbstgeschriebenes Gedicht folgenden Inhalts an:

Niedergerafft ist Walter Rathenau,
Die gottverdammte Judensau.
Und auch den Juden Birch
Saut auf den Schädel, daß es krrrt.
A. G. D. C.

Nieder mit der Republik! Giesberts.
Vor Gericht gibt Zieple an, die Unterschrift solle bedeuten „Mitgliedschaft Oberkonfessionsrat“.

Der Oberreichsanwalt beantragt für das böswillige Abreißen des Plakats sechs Wochen Gefängnis und für die Abgabe Straftat 11 Monate Gefängnis, insgesamt ein Jahr Gefängnis und Anrechnung der Untersuchungshaft.

Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Nach dem Vorbilde Christi.

Milde Richter gegen antisemitische Bombenwerfer.
Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen die Nationalsozialisten Janzen, Schumm, Förster und Maurice, die das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Börse am 15. September d. J. verübt hatten. Der 22 Jahre alte Angeklagte Janzen gab die Tat zu. Er habe mit dem Attentat Schrecken verbreiten wollen. Er bezieht sich dabei auf „Christi Vorbild“, der nach der Bibel Schädlinge aus dem Tempel vertrieben habe! In nach Ansicht des Angeklagten die jüdische und internationale Hochfinanz nicht durch Worte beleidigt werden könne, habe er einen Schreckschuß gegen sie abgegeben wollen. Der Angeklagte erklärte, keine Reue über seine Tat zu empfinden, da sei eine „deutsche Tat“. Der Angeklagte Schumm gab zu, für Janzen in München zwei Handgranaten besorgt zu haben und zwar von dem Angeklagten Uhrmacher Maurice. Der Angeklagte gehört der Mannheimer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei an und erklärte, mit dem Bombenattentat einverstanden gewesen zu sein. Der Angeklagte Förster, zweiter Schriftführer der Nationalsozialistischen Partei, gab zu, daß er Schumm bei der Verfertigung einer Handgranate beihilft gewesen ist. Der Angeklagte Maurice ist seit 1921 besoldeter Hauptgehilfe der Nationalsozialistischen Partei. Er kommandiert eine „Sturmabteilung“ dieser Partei. Er gab zu, die Handgranaten besorgt zu haben, will aber nicht gewußt haben, wozu sie gedient haben. Ein Waffensachverständiger bezeugte, daß der Börsensaal schwer beschädigt worden wäre, wenn die Handgranaten frisch gefüllt gewesen wären.

Die Geschworenen vernahmten nach einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoff-gesetz bezogen, bejahten dagegen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen bzw. Beihilfe zu diesem Verbrechen. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme von Maurice, mildernde Umstände zugesprochen. Das Urteil lautete gegen Janzen auf neun Monate Gefängnis, gegen

Schumm auf sechs Monate und gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Maurice ist das Gericht zu der Feststellung gelangt, daß die Geschworenen zu ungunsten des Angeklagten geirrt hätten und legten den Fall erneut zur Verhandlung in die nächste Schwurgerichtsperiode.

Gewerkschaftsbewegung.

Die internationale Arbeitskonferenz.

IV.

Die Internationale Arbeitskonferenz setzte im Plenum die Besprechung des Berichts des Direktors des Arbeitsamtes fort, dem die meisten Delegierten Anerkennung zollten. Der chinesische Regierungsvertreter Lu Tsang Tsang äußerte jedoch Bedenken gegen die Vorschläge des Berichts über die Tätigkeit von Sonderkommissionen, welche die soziale Entwicklung in bestimmten Ländern, wie China, zu studieren hätten. Der spanische Arbeitervertreter Caballero behauptete, daß die Arbeitgeber und die Regierungen nicht dasselbe Interesse an der Entwicklung der internationalen Arbeitsorganisation wie die Arbeiter nehmen. Von 55 Mitgliedsstaaten seien nur 31 vertreten, darunter nur 20 in allen drei Vertretergruppen. Der Redner tadelt ferner, daß die südamerikanischen Staaten nur Regierungsvertreter nach Genf geschickt hätten. Er wandte sich endlich gegen die reaktionäre Welle, die durch die Welt gehe, besonders gegen die italienische faschistische Bewegung. Der kubanische Vertreter Aguerro wies diese Anschuldigungen zurück, indem er in längerer Rede die Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten darlegte, in denen die Arbeiterorganisationen noch nicht genügend entwickelt seien. Der serbische Arbeitervertreter Krotkisch forderte in serbischer Sprache, daß die Konferenz in einer besonderen Entscheidung die Gleichberechtigung der serbischen Staatsarbeiter mit den Arbeitern der Privatindustrie verlange. Der englische Regierungsvertreter Shafer sprach die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten von Amerika den internationalen Arbeitsorganisationen beitreten werden, und protestierte gegen verschiedene Bemerkungen des englischen Arbeitervertreeters. Der holländische Arbeitervertreter Cucars bemerkte in holländischer Sprache, daß verschiedene Staaten, welche immer mehr eine buchstäbliche Durchführung des Versailles-Vertrages fordern, seinen Abschnitt über die Arbeitsorganisation nicht ebenso buchstäblich anwenden. Die estnischen und lettischen Vertreter machten schließlich noch Ausführungen über die gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnisse in ihren Ländern.

In der Beratung am 25. Oktober über den Bericht des Direktors des Arbeitsamtes hielt der deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Dr. Neymann eine längere Rede. Er sprach zunächst dem Bericht des Direktors Albert Thomas seine volle Anerkennung aus, wies aber darauf hin, daß die umfassenden praktischen Erfahrungen Deutschlands auf sozialem Gebiet nicht eingehend genug verwertet wurden. Eine bessere Nutzbarmachung dieser Erfahrungen könne dadurch erreicht werden, daß die zur Zeit noch geringe Zahl der deutschen Mitarbeiter des Internationalen Arbeitsamtes, besonders an den maßgebenden Stellen, vermehrt würde. Zum Schluß teilte Dr. Neymann mit, daß die deutsche Regierung sämtliche internationale Abkommen dem Reichswirtschaftsrat und dem Reicherrat zur Annahme empfohlen hat, mit Ausnahme des Abkommens über Währungsbeziehungen, da hierüber bereits gesetzliche Bestimmungen bestehen. Was das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag betreffe, so sehe Deutschland auf dem Boden des Achtstundentages; jedoch sei das deutsche Gesetz hierfür aus dem Jahre 1918 elastischer, da es Ausnahmen zulasse. Solche Ausnahmen seien angesichts der schwierigen Lage des Reiches nicht zu vermeiden.

Die Ausführungen des deutschen Regierungsvertreeters wurden mit Beifall aufgenommen.

Danach sprachen noch der Delegierte von Venezuela, Zunela, und der französische Regierungsvertreter, Marquis de Vogüe, der der Auffassung entgegentrat, daß Frankreich der Landarbeiterbevölkerung weniger Interesse entgegenbringe als andere Staaten, und erklärte, daß Frankreich sich wichtigen Entscheidungen des internationalen Gerichtshofes in der Landarbeiterfrage loyal unterworfen habe. Der rumänische Delegierte wies auf die neue Wera in der sozialen Gesetzgebung seines Landes hin. Der italienische Regierungsvertreter Solinas trat den Behauptungen des italienischen Arbeitervertreeters in einer früheren Sitzung entgegen. Die Gewalttätigkeiten in Italien gingen nicht nur von den Faschisten aus, die Regierung verhalte sich unparteiisch. Eine Untersuchung in Italien, wie sie der italienische Arbeitervertreter forderte, könne nie jedoch nicht zugeben. Der jugoslawische Regierungsvertreter Cusak hielt eine längere Rede über den Stand der sozialen Gesetzgebung in seinem Lande. Der belgische Arbeitervertreter Mertens warf in längerer, temperamentvoller Ausführungen den Regierungen und Arbeitgebern ihre Stellungnahme zu den internationalen Abkommen vor. Es genüge nicht, die Abkommen zu ratifizieren, die Beschlüsse und Verträge müßten auch durchgeführt werden. Vor allem forderte Mertens, daß der Achtstundentag, diese wertvolle Errungenschaft der Arbeiter, ungefährtet bleibe, und wandte sich insbesondere gegen die Ausführungen des italienischen Regierungsvertreeters. Der spanische Regierungsvertreter Palacios trat dafür ein, daß man, bevor neue Abkommen ausgearbeitet werden, erst die Ratifizierung der früheren Abkommen sicherstellen müge.

Der deutsche Arbeitervertreter, Reichsminister a. D. Wissel, gab im Laufe der Debatte zum Bericht des Arbeitsamtes folgende Erklärung ab: Es hieße die Wirkung der vorzüglichsten Rede des belgischen Arbeiterdelegierten Mertens abschwächen, wenn ich noch längere Ausführungen machen wollte. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, so geschieht es, um darzulegen, warum ich nicht gestern zu dem Bericht gesprochen habe. Auch ich hätte mich in der Tat gern im Namen der vielen Millionen deutscher Arbeiter zu dem Bericht geäußert, aber ich sehe mich dazu außerstande, da der Bericht nur in französischer und englischer Sprache vorliegt, und meine deutsche Sprache amtlich noch nicht zugelassen ist. Englisch und französisch zu lernen, war mir aber wie den meisten Arbeitern nicht möglich. Aber eine Stelle möchte ich doch erwähnen: eine von den wenigen Stellen, die ich mir in aller Eile überlegen lassen konnte, da sie auf mich besonderen Eindruck gemacht hat. Dort wird nämlich der Beschluß des Verwaltungsrats, seine andre Amtssprache mehr zuzulassen, ein sehr weiser Beschluß genannt. Der Verfasser des Berichts, Albert Thomas, der hier schon so großes Lob geerntet hat, wird es mir nicht verübeln, wenn ich nicht die Ansicht teile, da dieser angeblich sehr weise Beschluß es mir unmöglich macht, mich zu den sicher sehr wertvollen und interessanten Mitteilungen des Berichts zu äußern.

In der vorgestrigen ersten Sitzung des Ausschusses für die Arbeitslosenfrage machte der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes ausführliche Angaben über den Sonderbericht des Direktors des Arbeitsamtes. Der Bericht gibt in der Forderung, daß die Konferenz das Internationale Arbeitsamt ermächtigen möge, von der Wirtschafts- und Finanzorganisation des Völkerbundes Erhebungen über die Stellung folgender Fragen einzuleiten: 1. Durchführung des ter Meutenschen Projektes, 2. Rohstoffversorgung der rohstoffarmen Länder, 3. Schwankungen der internationalen Wechselkurse, 4. Belegungen zu Rußland, 5. Reparationsfrage und interalliierte Schulden in Bezug auf ihre Rückzahlung auf die Wirtschaftstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Zu einzelnen Fragen wird die Kommission in ihrer nächsten Sitzung voraussichtlich Stellung nehmen.

Die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen den kommunistischen Betriebsrätekonferenz und den Kontrollauschuss. Am 23. Oktober d. J. fand im Volkshaus eine vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufene Versammlung der Betriebs- und

Beamtenräte, Sektions- und Gruppenleiter der Eisenbahn Ratt, die von ungefähr 250 Kollegen besucht war. Unter anderem wurde Stellung zu der jetzigen Gehalts- und Lohnbewegung genommen. In der Diskussion wurde allgemein das Verhalten des Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes höherer Beamten sowie auch das starre Festhalten der Regierung an der proportionalen Erhöhung des Gehalts kritisiert. Gleichzeitig wurde scharf kritisiert, daß die Regierung in letzter Zeit wieder versucht hatte, die Gehalts- und Lohnverhandlungen zu verschleppen. In allen Berufen haben in der letzten Zeit Lohn- und Gehalts-erhöhungen stattgefunden, nur bei der Reichseisenbahn nicht. Daran tragen der Deutsche Beamtenbund und der Reichsbund höherer Beamten die Schuld. Noch immer müssen sich Beamte und Arbeiter der Reichseisenbahn mit den Septembergehältern durchhängen. Auch die Zahlung des geringen Vorschusses für die Beamten wurde von den Funktionären scharf verurteilt. Es wirkt wie Hohn, wenn 2000 Mk. Vorschuß auf eine Gehaltserhöhung angeboten werden.

Eine Vorlage der Ortsverwaltung auf Einführung von Kurzen über Betriebs-, Beamtenräte, Schlichtungs-, Tarifwesen und Beamtenrecht wurde begrüßt und angenommen. Dann ging folgende Resolution ein:

„Die am 23. 10. 1922 im Volkshaus tagende Funktionären-versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Leipzig, erhebt scharfsten Protest gegen die Einberufung des von der kommunistischen Partei propagierten Betriebsrätekonferenzen. Sie warnt alle Kollegen vor einer Teilnahme an denselben. Die Funktionäre erblicken in ihren Partei- und Gewerkschaftsinstanzen die maßgebenden Vertreter, welche die Forderungen der Arbeiter im Parlament sowie auch der Regierung gegenüber zur Durchführung zu bringen haben. Ferner erhebt sie scharfsten Protest gegen den Leipziger Kontrollauschuss. Sie spricht dem Vorstehenden des Kontrollauschusses die Fähigkeit ab, als Werkstättenarbeiter, welcher seit 1919 erst bei der Eisenbahn beschäftigt ist, überhaupt ein Urteil über den Eisenbahnerverkehr zu fällen.“

In der Diskussion wandte sich ein Kollege gegen die fortgesetzten wechselnden Parolen. Man müsse sich vertrauensvoll hinter die Gewerkschafts- und Parteiführer stellen. Ein Kommunist (Kartell-besitzer) ging sehr scharf gegen die Annahme dieser Resolution vor. Er stellte die Behauptung auf, daß die Arbeitervertreter es sich zur Aufgabe gemacht hätten, den Aufbau des Kapitalismus vorzunehmen. Als Beweis führt er an den Vortrag des Genossen Wille über Planwirtschaft auf dem Verbandstage des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Er behauptete, daß in Rußland die sozialistische Wirtschaft eingeführt sei, und daß der Betriebsrätekonferenz die kapitalistische Wirtschaft beilegen werde.

Nach eingehender Aussprache wurde die Resolution mit 238 gegen 13 Stimmen angenommen. Damit haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, kommunistischen Phrasenfeldern nachzulaufen.

Streik im Kinogewerbe.

Eine in der Mittwochnacht stattgefundene Mitglieder-Vollversammlung der in den Leipzig und Umgebung befindlichen Lichtspieltheatern beschäftigten Angehörigen hat, veranlaßt durch das hartnäckige und unsoziale Verhalten der Arbeitgeber, beschlossen, am Donnerstag, dem 26. Oktober, in den Streik zu treten. Wenn in Betracht gezogen wird, daß z. B. einer Platz-anweiserin pro Woche ein Lohn von circa 1000 Mk. geboten wird, während auf der andern Seite die Kinobesitzer gar nicht wissen, wie oft und in welchem Maße sie ihre Preise erhöhen sollen, darf man wohl auf die Unterstützung der gesamten Leipziger Arbeiterschaft rechnen. — Arbeiter, Angehörige und Beamte, unterlaßt solange, wie dieser Kampf währt, den Kinobesuch und sorgt damit dafür, daß der Kampf im Interesse der hungernden Kinoangestellten schnell beendet wird. Heißt Solidarität!

Deutscher Verkehrsband, Sektion Kinoangestellte.

Lohnbewegung im Leipziger Handelsgewerbe. Die Lohnbewegung für die Zeit vom 15. Oktober bis 3. November 1922 hat sich dadurch erledigt, daß am 26. Oktober 1922 vor dem Schlichtungsausschuss in beiden Gruppen ein Vergleich gestiftet und von beiden Parteien angenommen wurde. Tarife können im Verbandsbureau gegen Vorzeigung des Verbandsbuches entnommen werden. Deutscher Verkehrsband, Die Sektionsleitung.

Die Reichsregierung lehnt neue Verhandlungen über die Beamtengehälter ab.

SWD. Im Reichsfinanzministerium sprach am Mittwochvormittag eine Delegation der Spitzenorganisationen der Beamten vor, um die Anberaumung neuer Teuerungsverhandlungen zu beantragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums lehnte es ab, einen Verhandlungstermin festzulegen und begründete diesen Standpunkt unter Berufung auf die demokratische Staatsform damit, daß das Ministerium nicht über die vom Reichstag für den Oktober festgesetzten Zulagen hinausgehen könne. Die Vertreter der Spitzenorganisationen werden ihren Vorständen Bericht erstatten und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen. Sie sind der Meinung, daß man mit dem einfachen Hinweis auf die Demokratie in der Zeit unabhängig fortschreitender Geldentwertung die Forderung der Beamenschaft nach neuen Verhandlungen nicht abschneiden kann.

Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne. Im Reichsarbeitsministerium wurden am Mittwoch die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt, nachdem sich am Dienstag eine gemischte Kommission mit der Frage beschäftigt hatte. Die Verhandlungen haben den ganzen Tag in Anspruch genommen und waren in später Abendstunde noch nicht zum Abschluß gelangt.

Streik in der Schamotte-Industrie Sachsens. Wegen Lohn-differenzen ist der Streik ausgebrochen. Wir erlauben die Arbeiterschaft, in diesen Betrieben nicht in Arbeit zu treten. Für den Turzner Bezirk kommen die Firmen Hilsmann und v. Arnimische Werke und für Cositz das Cosimener Schamottewerk von Peinert u. Witte in Frage.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Liebmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Interatenteil:
Hugo Seckhand Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Poross' Kindermilch.

und Krankennahrung für den Säugling die unentbehrliche Nahrung anstelle mangelnder Muttermilch und nach der Entwöhnung. Zuverlässig, nahrhaft und wohlfeil!

In den Apotheken und Drogerien erhältlich.



Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Umtliche Bekanntmachungen.
12000 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 22. d. Mts. sind am neuerrichteten Fabriksgebäude der Firma Adolf Reichert & Co. an der Schortauer Straße in Leipzig-Gutritsch gestohlen worden:
7 neue Ledertreibriemen, die auf der Narbenseite fortlaufend hintereinander eingezügt die Firmenbezeichnung A. Reichert & Co., Leipzig-Gohlis in 3 cm großen Abständen tragen.
Die Riemen haben folgende Maße: 70 mm breit und 10 m lang; 80 mm breit und 5 m lang; 140 mm breit und 10 m lang; 90 mm breit und 10 m lang; 70 mm breit und 9 m lang; 90 mm breit und 6 m lang und 50 mm breit 4,50 m lang.
Die bestohene Firma hat auf Ermittlung der Täter eine Belohnung von 2000 Mark und auf Wiedererlangung der gestohlenen Riemen eine solche von 10000 Mark ausgesetzt, deren Verteilung durch das Polizeipräsidium unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen wird.
Sachdienliche Mitteilungen zur Aufklärung des Diebstahles teilt man sofort der Kriminalpolizei mit an Nr. 11, XII 1920/22.
Leipzig, den 25. Oktober 1922.
Das Polizeipräsidium, Kriminalamt.

Markranstädt. Landtagswahl am 5. November 1922. Die Stadt Markranstädt ist in 4 Wahlbezirke eingeteilt.
1. Bezirk: Wahllokal: Gastwirtschaft Thüringer Hof. Wahlvorsteher: Stadtverordnetenvorsteher Paul Georai. Stellvertreter: Rechtsanwalt Dr. Edmund K. Loy. Wahlbezirk: Albertstraße, Birzelplatz, Karlstraße und Feinlager Straße.
2. Bezirk: Wahllokal: Gastwirtschaft zur Parkschänke. Wahlort: Filialleiter Oskar Meißner. Stellvertreter: Stadtrat Karl Dillbrandt. Wahlbezirk: Bahnhof, Bismarck, Eisenbahn, Bärte, König, Marien, Nord. Park- und Schulstraße, Weißbachweg und Siegelstraße.
3. Bezirk: Wahllokal: Turnhalle der Bürger-Schule an der Parkstraße. Wahlvorsteher: Glasermeister Gustav Hoppe. Stellvertreter: Rührer Max Göwe. Wahlbezirk: Braustraße, Löhner Straße, Wronenabering, Scheubühler Str., äußere Scheubühler Straße und Weitzstraße.
4. Bezirk: Wahllokal: Turnhalle der freien Turnerschaft an der Kratauer Straße. Wahlvorsteher: Stadtrat Oskar Brauer. Stellvertreter: Rührer Anton Klemmt. Wahlbezirk: Feldgarten- und Dordtsstraße, Kratauer Str., Markt, Mühl- und Eldstraße, Sammler Weg, Zwenfauer und äußere Zwenfauer Straße.
Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Stimmpapier und Wahlzettel zur Auslegung in den Wahllokale können die Parteien bis zum 2. November 1922 bei der unterzeichneten Behörde einreichen.
Markranstädt, den 25. Oktober 1922.
Der Stadtrat.

Taucha. Landtagswahl findet Sonntag, den 5. November 1922, von vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr, statt. Die Stadt ist in 3 Bezirke eingeteilt:
1. Bezirk (Nr. 800). Wahllokal: Gasthof zur Guten Quelle. Wahlbezirk: Grabsfelder Straße, Schloßstraße, Grüne Gasse, Kirchstraße, Schulstraße, Reufstadt, Grabsdorfer Straße, Dewiger Straße, Sommerfelder Weg, Kriekauer Straße, Pölnker Weg und Feidstraße. Wahlvorsteher: Herr Stadtrat Käber. Stellvertreter: Herr Stadtrat Raue.
2. Bezirk (Nr. 801). Wahllokal: Gasthof zum Goldenen Löwen. Wahlbezirk: Leipziger Straße bis zum Hausgrundstück Nr. 48, Markt, Marktstraße, Blöfner Straße, Schützenhausstraße. An der Vorthe, Würzner Straße, Am Park Ellenburger Straße, Braubausstraße, Gartenstraße und

Wahlstraße. Wahlvorsteher: Herr Stadtrat Ränger. Stellvertreter: Herr Stadtrat Dippmann.
3. Bezirk (Nr. 802). Wahllokal: Gastwirtschaft zum Reichsfanzler. Wahlbezirk: Südstraße (bisher Blomardstraße), Heinrich-Heine-Straße (bisher Kaiser-Wilhelm-Str.), Windmühlentr., Lindnerstraße, Gerichtsweg, Grenzstraße, Fortüber Straße, Perbetstraße, Schillerstraße, Bahnhofstraße, Weitzstraße, Freilagatsstraße (bisher Wolfstraße) und Leipziger Straße vom Hausgrundstück Nr. 47 ab. Wahlvorsteher: Herr Stadtrat Kirlian. Stellvertreter: Herr Stadtrat Franke.
Taucha, am 23. Oktober 1922.
Der Stadtrat, Dr. v. Dellendorff, Bürgermeister.

Holzarbeiter - Verband

Lehrlinge der Holzindustrie!
Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, **Lehrlingsversammlung** im Volkshaus, Gartenlaal. Tagesordnung: 1. Vortrag: Wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiterschaft einst und jetzt. 2. Allgemeines. Lehrlinge und deren Eltern sind herzlich willkommen. Die Lehrlingskommission.

Mobell- und Fabrikantischer!
Montag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, **Branchen-Versammlung** im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: Die letzten Vorgänge in unserer Branche. 2. Berichtsbroschüre. Die Sektionsleitung.

VSPD. Groß-Leipzig

Liebertwolkwitz. Die Halbjahresgeneralversammlung findet umständehalber nicht Freitag, den 27. Oktober, sondern Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Wilhelmsteinpark statt.
Der Vorstand.

Große Leipziger Straßenbahn.

Vom 27. Oktober 1922 an betragen die Fahrpreise:
für eine einfache Fahrt 20.-
für eine Umfahrfahrt 25.-
für Kinder 5.-
für Kriegsbeschädigte 5.-
für Knispforten zu 8 einfachen Fahrten und die Zuschläge für Fahrten von 9 bis 12 Uhr abends sowie an Sonn- und Festtagen je 2.-
Für Nachtfahrtsfahrte wird der doppelte Tagesfahrpreis erhoben.
Wochenkarten kosten:
für 12 einfache Fahrten 169.-
für 22 einfache Fahrten 308.-
für 12 Umfahrfahrten 210.-
Schülerkarten 315.-
Die Bedingungen für die Ausgabe und Benutzung der Fahrausweise bleiben unverändert.
Die Knispforten aus dem 17.-M.-Tarif werden bis einschließlich 1. November 1922 anerkannt.
Leipzig, am 25. Oktober 1922.
Die Direktion.



Verlangt zu eurem Nutzen
Pilo
zum Stiefelputzen

Schlafzimmer
in Qualitätsware, imitiert u. echt Eiche.
Kücheneinrichtungen
lackiert und Emaille-Lack
Solide Verarbeitung. Billigste Preise.
Möbelhaus Beck, Härtelstr. 21.

Wähler-Versammlungen

Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7/8 Uhr:
Thonberg-Neureudnitz im Schulsaal d. 28. Volksschule, Vorkstraße. Referent: Minister Lipinski.
Sestewitz u. Umg. im Gasthof Schlegelgraben. Referent: Landtagsabgeordneter A. Denhardt.
Grasdorf b. Taucha im Gasthof. Referent: Landtagsabgeordneter Krahnert.
Baalsdorf im Gasthof. Referent: Redakteur Grosse Saube.
Burghausen im Gasthof zum Blentz. Referent: Genosse Lehner Gläser, Leipzig.
Zöbiger im Gasthof zur Friedensgasse. Referent: Genosse Paul Pflieger.
Knautkleeberg im Gasthof zum weißen Hof. Referent: Landtagsabgeordneter S. Müller.
Das Wahlkomitee der Vereinigten Sozialdemokr. Partei Groß-Leipzig.

Schmidts Zigarren
Leutzsch
Geschäfts-Druckfachen

Leipziger
Buchdruckerei A. G.
Tauchaer Str. 19/21
Fernruf 24586
Trauringe
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6.

Familien-Nachrichten

Nachruf.
Am Mittwoch, dem 18. Oktober, verschied unser früherer Kollege, der Schlosser
Richard König
In dem Verstorbenen verliert die Arbeiterchaft einen edlen und tapferen Kämpfer. Durch seine auerordnende Tätigkeit als Krankentrassenortungsmitglied und als Betriebsrat werden wir ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiterschaft der Eisenbahn-Betriebswerkstat Wahren

Dienstag nacht verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, der Dreher
Otto Jahn
im 50. Lebensjahre. In tiefer Trauer
L. Kleinsch. Diesdaufr. 47, 24 110 22.
Frau Anna Jahn geb. Schröder nehm. neu. Zieger
nebt Kindern und Enkelbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, 28. Oktober, 1/3 Uhr auf dem Friedhof Kleinschöcher statt.



Preiswerte

KONFEKTION

Damen- u. Backfisch-Mäntel
Flausch-Mäntel hell und dunkel Modifarben ..
15000 10000 9200 8000 7500 7000

Tuch-Mäntel schwarz und farbig mit Stickerei oder Applikation ..
16000 12000 11500 9800 7600 Mk.

Astrachan-Mäntel
ganz besonders preiswert
17000 15000 11000 9500 Mk.

Strickwaren
Strickjacken hell und dunkel ..
9000 6000 5800 5200 Mk.

Wollene Jumper und Kimonos
2600 1950 1800 1600 Mk.

Kunstseidene Jumper gehäkelt..
5500 Mk.

Einen Posten
Damen- und Backfisch-Mäntel
aus schönen genoppten Wollstoffen 6500.-

Damen- u. Backfisch-Kleider
Wollene Kleider in Tuch, Cheviot und Gabardine modernste Ausführung ..
15600 8000 6000 4800 Mk.

Voile-Kleider weiss und farbig in aparten Fassons ..
7200 7000 6500 Mk.

Kinder-Kleider Wolle und Halbwolle, kariert und einfarbig ..
2600 1700 1200 1030 Mk.

KONSUM-VEREIN

Leipzig - Plagwitz und Umgegend / Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Bezirksleitung (Erweiterter Bezirksvorstand).

Sonnabendabend 6 Uhr Sitzung. Bekanntgabe des Volksfolgt morgen.

USPD-Funktionäre Selterhausen. Sonnabend, 1/8 Uhr, Sitzung im Restaurant Krone, Wurzner Straße 70. Sammelstellen mitbringen. — Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen, wollen sich ebenfalls mit einfinden.

USPD, Anger. Funktionäre, Wahlhelfer, Freitag, den 27. Oktober, abends 1/8 Uhr, wichtige Sitzung bei Quasendorf, Angerschloßchen, Zweinaundorfer Straße 10.

Baunsdorf. Unser Frauenabend findet nicht Freitag, den 27., statt, sondern Donnerstag, den 2. November, bei Dabitz. Dehls-Gaußsch. Heute (Donnerstag), den 26. Oktober, abends 1/8 Uhr (vor der Versammlung): Besprechung der Funktionäre im Alten Gasthof, Gaußsch.

Wahren. Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, Funktionäre und alle arbeitsfreudigen Genossen, kurze Besprechung in der Bibliothek, Alter Gasthof, Kolonnenabstimmung. Seebentisch. Die Bibliothek ist Sonntags von 10—12 Uhr geöffnet.

USPD-Lehrer. Freitag, 1/8 Uhr, im Volkshaus, gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen und der sozialistischen Lehrer.

Fahrpreiserhöhung und Wahlpropaganda.

Die Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn sind in letzter Zeit so dicht gefolgt, daß erneute Beratungen dieser Art kaum etwas Neues bringen können. Es sind dieselben Gründe, die zur Erhöhung zwingen, daher dieselben Argumente, dieselben Reden. Trotzdem brachte die Beratung der neuen Fahrpreise in der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Oktober gegenüber der letzten Beratungen dieser Art eine Abwechslung. Die Deutschnationalen wollten die Gelegenheit beim Schopfe fassen und nach dem bewährten Muster ihres bewährten Fraktionsmitglieds, des Postkassiers Börner, eine Popularitätshandlung treiben — von wegen der Wahl. Diese Popularitätshandlung sollte diesmal auch noch in großem Stil, sozusagen parteioffiziell sein. Das zeigte schon die ganze Aufmachung. Daher hatten die Deutschnationalen auch die Führung ihrer Wahlpropaganda nicht Herrn Börner überlassen, den ja kein Mensch im Kollegium ernst nimmt, sondern der Herr Doktor und Professor Börner, der verflozene Zwangsvorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse unrühmlichen Angebens, stieg selbst in die Arena. Und was geschah? Der schwergelehrte Professor erwies sich als ein sehr gelehrter, aber sehr gelehriger Wiederläufer der Argumente des Herrn Börner. Damit war die deutschnationale Propaganda von selbst gerichtet, der Reinfall war gründlich!

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Straßenbahntarife begannen mit dem Bericht des Genossen Neu, der über den Inhalt der Vorlage und über den Gang der Ausschussberatungen referierte. Der sachliche Inhalt der Vorlage, die wir an dieser Stelle schon näher behandelt haben, ist kurz folgender: Erhöhte Ausgaben, 500 000 Mk. Mindereinnahmen täglich, auf jeden Fahrgast legt die Stadt 3.07 Mk. zu. Der Zuschuß wird noch größer, wenn man in Rechnung stellt, daß durch erneute Erhöhungen der Fahrpreise weitere Abwanderungen eintreten, denn bei dem Sprung des Fahrpreises von 10 auf 17 Mk. ist die Zahl der Fahrgäste von 245 000 auf 190 000 gefallen. Die Ausschüsse schlugen vor, die Kartenpreise für Kriegsbeschädigte und Kinder nicht auf 7 Mk., sondern nur von 3 auf 5 Mk. zu erhöhen. Bei der Ausgabe von Kriegsbeschädigtenkarten werde zu lax verfahren, es müsse eine strenge Kontrolle über die Ausgabe dieser Karten ausübt werden, wenn die Vergünstigung für die Kriegsbeschädigten, die in keiner andern Stadt in gleicher Weise gewährt wird, weiter aufrechterhalten werden soll. Da der Wegfall der Sonntagszuschläge einen Ausfall von 15 Millionen bedeutet, stimmten die Ausschüsse der Wiedereinführung der Sonntagszuschläge zu, im übrigen laudeten die Anträge der Ausschüsse auf Zustimmung zur Ratsvorlage.

Die Debatte

wurde von Professor Dr. Börner mit schwerem Geschütz eröffnet. Er erklärte im Namen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung, daß seine Fraktion die Ratsvorlage ablehnen werde, weil der Rat auch diesmal unterlassen habe, einen brauchbaren Streckentarif zu bringen. Damit befindet sich die wirtschaftspolitische Fraktion in Widerspruch mit (Zuruf: den Kommunisten!) den weitesten Kreisen der Bevölkerung. Dann ging Börner zu seinem eigentlichen Thema, zur Wahlrede, über. Eine Wahlrede, billig, ohne Anstrengung, ganz nach dem Schema, das er Herrn Börner abgekauft hatte. Zum Schluß erklärte Börner feierlich: unsere heutige Stellungnahme ist der Schlüssel — nach einer Stunde tat er das Gegenteil.

Der scharfe Angriff auf den Rat veranlaßte den Oberbürgermeister zu einer recht deutlichen Abfuhr des deutschnationalen Kritikers. Dr. Kötze sagte: Kürzlich haben wir Ihnen berechnet, daß die Schulden der Straßenbahn 22 Millionen betragen. Jetzt sind es 44 Millionen. Wenn wir jetzt Experimente machen, so bedeutet das den Zusammenbruch der Straßenbahn in den nächsten Monaten. Wertwürdigerweise hat Herr Professor Börner nicht gesagt, in welcher Stadt der Streckentarif eingeführt ist, den er meint. Wir wissen aber, daß in einer Reihe von Städten mit Streckentariifen die Straßenbahn im gleichen Glanz steht wie hier. Wer die Fahrpreiserhöhung ablehnt, der muß auch die Verantwortung tragen, die sich aus dieser Situation ergibt.

Nach dem Oberbürgermeister kam der Kommunist Lieberasch zum Wort, der seine Rede ohne jeden Anlaß mit einer groben Beleidigung eines unserer Parteigenossen im Stadtverordnetenrat begann. Als der Vorsitzende diese Beleidigung zurückwies, erklärte Lieberasch frech, er lasse sich nicht vom Vorsitzenden schulmeistern. Mit diesen Unverschämtheiten glaubte Lieberasch offenbar seiner Rede einen größeren Nachdruck zu verleihen. Dann hielt er dieselbe Rede, die er schon so oft gehalten und stellte dieselben Anträge.

Professor Dr. Herz (Dem.) sagte: Es handelt sich heute um die Entscheidung: Wie halten wir die Stilllegung der Straßenbahn auf? Ablehnung der Ratsvorlage bedeutet Stilllegung der Straßenbahn. Da sich ergeben habe, daß jede Erhöhung der Tarife trotz

der starken Abwanderung erhebliche Steigerung der Einnahmen gebracht habe, müsse man auch heute zur Annahme der Ratsvorlage kommen. Er stellte den Antrag, den Rat zu erlösen, daß umgehend die Einführung eines brauchbaren Streckentariifs durchgeführt wird.

Als zweiter Redner der Kommunisten wandte sich Hermann gegen Arbeiterentlassungen und gegen Betriebseinschränkungen. Es muß dazu bemerkt werden, daß Arbeiterentlassungen noch nicht vorgenommen sind und daß die Direktion dem Ausschuss erklärt hat, sie wolle keine Arbeiter entlassen, sondern den Bestand des Personals dadurch verringern, daß keine Neueinstellungen mehr erfolgen.

Für die USPD sprach zunächst Genosse Reichgraber, der darauf hinwies, daß sich der Verwaltungsrat wiederholt mit dem Streckentarif beschäftigt habe. Die neuen Preiserhöhungen sind unvermeidlich, weil es keine andre Möglichkeit gibt, die Mindereinnahme zu decken. Er kennzeichnete dann die Rede Börners als eine ausgesprochene Wahlrede, wobei er die Frage aufwarf, warum denn die Herren ihr gutes Herz nicht entdecken bei der Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln usw. Die Rede des Herrn Börner lasse erkennen, daß er die Absicht habe, die Straßenbahn dem Privatkapital anzuliefern. Wer heute die Fahrpreiserhöhung ablehnt, der macht sich mitschuldig, wenn die Arbeiter entlassen werden. Wir stimmen für die Vorlage und für die Ausschussanträge, weil es angesichts der finanziellen Lage der Straßenbahn nicht anders geht.

Stadtrat Dr. Peters wies darauf hin, daß trotz der Sparmaßnahmen bisher keine Arbeiter entlassen worden sind. Wenn aber die Fahrpreiserhöhung abgelehnt wird, so müssen unter allen Umständen Arbeiter entlassen werden, weil sich dann der Betrieb in dem jetzigen Umfange nicht aufrechterhalten läßt.

Auf die Rede des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Peters schien es dem deutschnationalen Professor Dr. Börner schwammig zu werden, denn nach einer klaglichen Polemik gegen

Die Jugend heraus

Im bevorstehenden Landtagswahlkampf, dessen Ausgang auch für die proletarische Jugend von Bedeutung ist, müssen die letzten Kräfte eingesetzt werden, sollen die Feinde der sozialistischen Arbeiterbewegung auf der ganzen Linie geschlagen werden. Auch die Proletariatsjugend darf dabei nicht fehlen und muß sich

zu der Beteiligung

am Wahlkampf entschließen. Zwar kann sie noch nicht durch den Stimmzettel entscheidend auf das Wahlergebnis einwirken, aber sie kann durch freudige und begeisterte Mithilfe an den Wahlarbeiten der sozialistischen Sache dienen. Kein Jugendlicher und keine Jugendliche darf bei der Verbreitung von Flugblättern, Stimmzetteln und bei sonstigen Arbeiten fehlen. Die Jugend muß den Alten beweisen, daß sie nicht bloß lernt, wandert, spielt und tanzt, sondern daß sie auch zur Stelle ist, wenn sie zur Mitarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgefordert wird. Die sozialistische Proletariatsjugend kann Berge von Vorurteilen der Alten hinwegräumen, wenn sie sich den Organisationen der Partei zur Wahlhilfe zur Verfügung stellt. Jugendgenossen und -genossinnen! Meldet euch deshalb als fleißige Helfer

am Wahlkampfe!

den Oberbürgermeister beantragte er eine Vertagung der Sitzung auf 15 Minuten. Das Kollegium stimmte dieser Vertagung auch zu, vorher aber erhielt der Oberbürgermeister noch einmal das Wort, um in einer zweiten Rede den Vorsitzenden der Deutschnationalen abermals gründlich zu räupern. Der Oberbürgermeister sagte Herrn Börner, daß er nicht einmal die Zuständigkeit des Kollegiums kennt. Daß vom Kollegium noch kein Antrag auf Einführung des Streckentariifs beschlossen worden sei und daß Herr Börner mit unwahren Behauptungen arbeite.

Eine halbe Stunde später, als die Sitzung wieder eröffnet wurde,

gab Börner eine blamable Erklärung ab, die deutlich bewies, daß den Deutschnationalen das Herz in die Hose gefallen war, so daß sie nun schleunigst zum Rückzug bliesen. Er und seine Freunde hatten sich überzeugen lassen, daß das Kollegium tatsächlich noch keinen Antrag auf Einführung eines Streckentariifs beschlossen habe. Deshalb wolle er heute einen solchen Antrag stellen, damit dem Rat die Ausrede genommen würde. Wenn der Antrag angenommen sei, werde seine Fraktion für die Ratsvorlage stimmen.

Diese blamable Erklärung Börners kam nicht wegen der Ausrede des Rates, sondern wegen der Ausrede der Deutschnationalen. Das stellte Genosse Liebmann fest, um anschließend die Wahlrede Börners noch einmal gebührend zu beleuchten. Der Vorsitz der Deutschnationalen ist

Wahlagitiation des Herrn Börner und des Herrn Börner, die ja beide auf gleicher geistiger Stufe stehen. (Ueber den Vergleichen der beiden Brüder mit gleichen Rappen geriet der Antikemitterlich Rechtsanwalt Meyer in Wut, was für die Herren Börner und Börner sehr bezeichnend ist.) Herr Börner hat hier für alle gesprochen und getan, als ob er die Interessen aller Be-

völkerungsjährigen wahrnehme. Er hat geworben um Arbeiter, Beamte, Angestellte, Lehrer, Ärzte, um den Mittelstand, um Kleinhandwerker, um Kranke, Invalide, um Blinde, Lahme und Krüppel und sogar um die Hausfrauen! Es fehlten nur noch die Waisen!

Ausgerechnet die Vertreter der Partei der Brotwucherer und Schieber, der Großkapitalisten, die das Volk ausplündern, spielen sich hier als Wahrnehmer der Interessen der Bevölkerung auf! Es sind dieselben Leute, die mit ihrer Politik das Finanzjenseit der Gemeinden verschuldet, die noch dieser Tage gewissenlos das Brot der Armen um das Vierfache verteuert haben. Die Hausfrauen werden aber nicht so dumm sein, wie die Herren Börner und Börner glauben, sie werden die deutschnationale Wahlpropaganda durchschauen und nicht deutschnational wählen.

Wie unehrlich dieses ganze Wahlmanöver ist, zeigt sich darin, daß zur gleichen Zeit, als Herr Börner erklärte, seine Fraktion stimme gegen die Erhöhung der Fahrpreise, eine Anzahl Mitglieder der Fraktion des Herrn Börner außerhalb des Saales saßen, damit die Fahrpreiserhöhung trotzdem beschloßen werde!

Das Vorgehen des Herrn Börner war eine Blamage für das Bürgerium. Der Führer der stärksten Fraktion, der auch noch als Mann der Wissenschaft auftritt, muß sich vom Oberbürgermeister in öffentlicher Sitzung so gründlich abblättern lassen, daß wir nur gratulieren können, Herr Professor Dr. Börner muß sich vom Oberbürgermeister sagen lassen, daß er von Dingen redet, die er nicht versteht, daß er nicht einmal die Zuständigkeit des Kollegiums kennt, daß er mit unwahren Behauptungen arbeitet. Auf solche Vertreter kann das Bürgerium stolz sein!

Eine Abstrafung des Kommunisten Lieberasch.

Genosse Liebmann fuhr in seiner Rede fort: Und nun einige Worte zu der andern Seite. Wir könnten in der gleichen Weise antworten, wie Lieberasch gerüdet hat, aber das lehnen wir ab. (Zurufe von rechts: Aha!) Freilich, das könnte Ihnen so passen, daß sich Arbeitervertreter hier zu Ihrem Vergnügen heruminslagern. Darauf lassen wir uns nicht ein. Wir finden uns mit der Tatsache ab, daß hier von Lieberasch bei jeder Gelegenheit immer wieder die gleichen Reden gehalten werden. Wir stellen auch fest, daß Lieberasch seit einiger Zeit planmäßig provoziert, um den Besorgten zu markieren; er braucht das, denn er will damit bei seinen Parteigenossen den Eindruck erwecken, daß er die Interessen des Proletariats vertritt. Wenn Lieberasch hier mit fleißigsten Beleidigungen gegen uns vorgeht und dabei den Befehl der Bürgerliche erntet, so erkläre ich dazu: Lieberasch kann niemand beleidigen! Ich lehne es ab, mit einem Mann von den geistigen und moralischen Qualitäten Lieberaschs zu debattieren. Es fliehe Lieberasch zu viel Ehre an, wenn wir uns mit ihm einlassen wollten!

Nach dieser ersten Abstrafung Lieberaschs erstand diesem Kommunisten eine Hilfe in Herrn — Börner. Diese Unterstützung lehnte aber Lieberasch doch noch ab, obwohl er sonst öfter mit Börner stimmt.

Es folgte dann die Abstimmung über die Fahrpreiserhöhung, die folgendes Ergebnis hatte:

Die Bedingung Börners, daß der Rat in einem Monat eine Vorlage über einen brauchbaren Streckentarif vorzulegen hat, wurde mit 26 gegen 25 Stimmen angenommen.

Der Fahrpreis wurde auf 20 Mk. für einfache Fahrt und 25 Mk. für eine Fahrt mit Umsteigen festgesetzt.

Die Sonntagszuschläge wurden in Höhe von 2 Mk. beschloßen.

Die Karten für Kriegsbeschädigte und Kinder kosten 5 Mk.

Die Einkommensgrenze für Arbeiterwochenkarten wurde auf 275 000 Mk. festgesetzt.

Der Antrag, die Abendzuschläge zu beseitigen, wurde abgelehnt.

Bei der Gesamtabstimmung stimmten die Kommunisten und Herr Börner gegen die Vorlage.

Da die Kommunisten schon die Erhöhung der Fahrpreise auf 17 Mk. abgelehnt haben, würde heute noch in Leipzig der Fahrpreis 10 Mk. betragen, wenn es nach den Kommunisten gegangen wäre. Das würde bedeuten, daß die Straßenbahn ihren Betrieb hätte einstellen müssen. Der Verkehr wäre lahmgelegt, das Straßenbahnpersonal wäre entlassen worden. So sieht die kommunistische Gemeindepolitik aus!

Eine zweite Abstrafung Lieberaschs.

Nach der Abstimmung gab Genosse Freitag als Fraktionsvorsitzender folgende Erklärung ab:

Erklärung der USPD.

Der Stadt. Lieberasch hat dem Herrn Vorsitzenden vorgeworfen, daß er sich als Schulmeister betätige, weil ihm die Wiederholung der Beleidigungen von Mitgliedern des Kollegiums unterlagt wurde.

Die Fraktion der USPD bedauert, daß ein Vertreter der Arbeiterklasse so wenig Selbstachtung besitzt und sich in einer öffentlichen Körperschaft ein solches Verhalten zuschulden kommen läßt. Sie stellt fest, daß das bewußt gewollt prozontatorische Auftreten des Stadt. Lieberasch die Arbeiterbewegung schädigt.

Lieberasch antwortet darauf mit einer neuen Flegerei, worauf der Vorsitzende, Genosse Seeger, erklärte:

„Das Kollegium erwartet wohl nicht von mir, daß ich mich an der Debatte mit Lieberasch beteilige; ich lehne das auch ab!“ (Zustimmung im Kollegium.)

Zu dem Kapitel Straßenbahn ist noch zu bemerken, daß eine Eingabe der Baunsdorfer Einwohner wegen Verlegung der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 8 nach dem Bericht des Genossen Kretzmer einstimmig dem Räte zur Erwägung überwiesen wurde.

Das Wohlfahrtsamt.

Seit Jahren verlangen die Stadtverordneten die Schaffung eines alle Zweige der Wohlfahrts- und Fürsorgepflege umfassenden Amtes. Die endgültige Vorlage, die gestern im Plenum verabschiedet wurde, erhielt, wie Gen. Liebmann er berichtete, schon in den Ausschüssen eine recht schlechte Note. Statt dem geplanten Wohlfahrtsausschuss alle einschlägigen Ämter zu unterstellen, nimmt der Rat die Fürsorge, die Jugendfürsorge und das Gesundheitsamt davon aus. Dafür beschleunigten die Ausschüsse ihm keine vollständige Verständlichkeitsliste für die notwendigen Aufgaben. Es sei geradezu ein Jammer, daß die Bureaucratie jeden Fortschritt unmöglich mache durch den in jedem Amt herrschenden Ressortegoismus. Die Ausschüsse kamen nur deshalb zur Zustimmung, weil die Gründung des Wohlfahrtsamtes nicht noch länger hinausgezögert werden dürfe und unbedingt in Angriff genommen werden müsse. Alle Parteien erklärten, daß sie trotz der Zustimmung von ihrem grundsätzlichen Standpunkt nicht abgehen werden.

Das wurde in der Debatte nochmals unterstrichen. Genossin Schult verlangte, daß Jugend- und Fürsorgeamt angegliedert werden und vor allem auch das Pflegeamt für gefährdete Frauen und Mädchen endlich einmal geschaffen wird. Professor Herz brachte eine einstimmig angenommene Entschließung ein,

Flugblattverbreitung Freitag und Sonnabend Ausgabe in den bekannten Lokalen. Proletarische Jugend, Sportler, tut eure Pflicht als Klassenangehörigen! USPD. von Groß-Leipzig.

die nochmals den grundsätzlichen Standpunkt des Kollegiums festlegte.

Die Befoldungsordnung für Beamte.

In einer Eingabe verlangten die Beamten, daß bis zur Erledigung des Verfahrens vor dem Landesoberverwaltungsgericht die Befoldungsordnung in der Form durchgeführt werde, wie sie durch übereinstimmende Beschlüsse der städtischen Körperschaften aufgestellt worden ist.

Die Erhöhung der Entschädigung der Beisitzer des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts und des Einigungsamtes findet die Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Sätze bis 1. September rückwirkend gewährt werden. Wie berichtet darüber in einem besonderen Artikel.

Kommunisten und Bürgerium gegen die Polizeibeamten.

Die Polizeibeamten hatten an den Rat das Ersuchen gerichtet, ihnen für den Bereitschaftsdienst, den sie leisten mußten, eine Aufwandsentschädigung zu geben, für die der Rat 100 000 M. auswerfen wollte.

Trotzdem nun der Bereitschaftsdienst vor allem nach dem Rathenaumorde geleistet werden mußte, um Rechtsputz zu schaffen, die Mörder durch ihr Verbrechen den Weg ebnen wollten, zu verhüten, trotzdem also die Beamten geradezu zum Schutze der Republik und zur Abwehr ihrer Feinde von rechts die Mehrleistungen aufbringen mußten, brachte es Lieberich als Redner der kommunistischen Fraktion fertig, das einen Bereitschaftsdienst zur Anerkennung der Arbeiter zu nennen.

Die Tarifierhöhung der Dünegereportagegesellschaft gab dem kommunistischen Abgeordneten Hermann Gelegenheit, sich zum Stadtrat zu beziehen, den er seine Bilanz lesen konnte. Er vermittelte nämlich darin die Angabe der Einnahmen.

Bekleidungsstücke für Friedhofsangehörige.

Zur Beschaffung von Topfen und Hosen für Arbeiter und Arbeiterinnen verlangte der Rat 321 600 M. Die Ausschüsse beantragten, weitere 288 400 M., um die sich die Summe zur Anschaffung der Bekleidungsstücke nach Mitteilung des Ratserziehers inzwischen erhöht hat, zu bewilligen.

Marktalltagsordnung.

Dem § 47 (Verhaltensvorschriften für Standinhaber) wurde folgende Fassung gegeben:

„Die Standinhaber und ihre Leute haben alles Streiten und Lärmen zu vermeiden. Sie haben sich untereinander und gegenüber dem Publikum stets höflich zu benehmen.“

Aus der übrigen Tagesordnung.

Ohne Debatte wurde die Errichtung einer Stadtbank Leipzig einstimmig beschlossen. — Für Instandsetzung eines eisernen Behälters an einem Eisenbahnabfuhrwagen wird eine Mehrausgabe von nicht weniger als 383 145 M. bewilligt.

Gewährung von Stumpfschulden an Kriegsbeschädigte. Zu den außerordentlichen Bekleidungsstücken, die Beschädigten auf Grund der Verordnung zur Durchführung des § 7 des Reichsverordnungsgegesetzes gewährt werden können, rechnen auch Stumpfschulden für amputierte. Es können amputierte Kriegsbeschädigte auf Antrag jährlich bis zu vier, Doppeltampulierte bis zu acht Stumpfschulden auf Reichskosten erhalten.

Der Selbstmörder.

Von Hans Otto Henel.

(Schluß)

(Nachdruck verboten.)

Ein preussischer Konfessionsrat, der nur das Ende einer Tragödie zu sehen pflegt, würde selbstlos sagen: „Die Dinge des Herrn sind unerforschlich, aber er irrt sich nicht — kein ist die Rede.“ Ein Kriminalist spräche wahrscheinlich von vorliegenden Tatsachen, an die man sich halten müsse oder von mangelhaften Beweisen — eine sechzigjährige Oberstleutnantswitwe entmeder von der Verberbnis der Welt im allgemeinen und der heutigen im besonderen, oder auch davon, wie eben alles einmal das verdiente Ende nehme.

Im Januar 1918 stapften zwei Soldaten durch den zähen Schneebrei der Rumpfenburger Straße in München. Der eine, ein Leuter, saß etwas froh und vorlieb aussehender Sanitäts-Unteroffizier, war kein anderer als unser alter Bekannter Adrian Sievers. Wer war auch heute nicht Soldat? Der andre, der nur mühsam mit ihm Schritt hielt, blaß und kränzlich wie nach schwerer Verwundung ausah, war ein einfacher Landsturmmann in zerstückelter Feldkleidung — Herbert Engmann. Der Arzt, der die verwundetenlichsten Wunden herbeigeführt hatte, war auch in diesem Schuld gewesen. Engmann lag schon seit vier Wochen in dem Lazarett, dem Adrian als Sanitäts-Unteroffizier zugewiesen war, wenn auch nicht auf dessen Station.

„Ich hab schon lang auf deine Ausgehbarkeit gewartet,“ plauderte Adrian, „damit ich mit dir einmal von alten Zeiten plauschen kann. Weißt du, wir suchen uns eine gemüßliche, kleine Kneipe, wo einem kein Offizier um die Beine läuft.“ Engmann dem das Sprechen in kalter Luft noch schwer fiel, folgte ihm ohne Entgegnung. Sie bog in die Adamistraße ein,

aber mündlich bei der für die orthopädische Versorgung zuständigen Dienststelle zu stellen.

Die neuen Postgebühren. Der Reichspostminister hat dem Reichsrat ein Schreiben übermittelt, das sich mit der Gebührenerhöhung befaßt und in dem festgesetzt wird, daß für den Rest des Rechnungsjahres 1922 die Reichspost mit einem Mehrbetrag von 50 Milliarden Mark rechnen muß. Schon deshalb wird eine Gebührenerhöhung um 100 Prozent für Briefpostsendungen ab 1. Dezember für unbedingt notwendig gehalten.

Tarifänderung bei der Straßenbahn. Auch an dieser Stelle verweisen wir auf die in der Nummer vom heutigen Tage abgedruckten neuen Beförderungspreise der Großen Leipziger Straßenbahn.

Laubendiebstähle. In einer Gartenkolonie an der Tabakmühle haben Diebe aus einer Anzahl Lauben Kleidungsstücke, Handwerkszeug, sowie 2½ Zentner Kartoffeln gestohlen. Ob wohl diesen Leuten nicht zum Bewußtsein kommt, daß sie durch ihre verwerfliche Handlungswiese dem Arbeiter das Brot vom Tische nehmen?

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, in der Städtischen Fach- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10, Vortrag des Herrn Dr. Poply über: Arbeit und Ernährung. Gäste willkommen.

Reichskonferenz der Sozialistischen Profetierjugend am 28. u. 29. Oktober in Leipzig. Für die Delegierten aus dem Reich werden noch etwa 100 Quartiere benötigt. Parteigenossen und -genossinnen, meldet etwaige Schlafgelegenheiten sofort nach Leipzig, Braustraße 17. (Telephon 18594).

Sozialistische Kindergruppe Thonberg-Neureuditz. Freitag, den 27. d. M. fällt das Spielen aus.

Polizeinrichten.

Vermiit wird seit dem 9. d. M. der bisher in Lindenau, Hebelstraße 20, wohnhaft gewesene 19jährige Schlosserlehrling Herbert Kuland. Er wird beschrieben: 1,70 Meter groß, schlank, dunkelblondes Haar, blaue Augen, längliches, gesundfarbiges Gesicht, bekleidet mit hellem Manichienjackett, kurzer dunkler Hose, schwarzen Strümpfen und H. R. gezeichnetem Hemd, ohne Kopfbedeckung. Angaben über den Verbleib des Vermißten werden an die Polizei erbeten. — Der seit dem 11. d. M. als vermißt gemeldete 19jährige Handlungslehrling Karl Müller ist ermittelt worden. Er hatte bei einem Landwirt in der Turzner Gegend Arbeit und Unterkommen gefunden.

Nächtliche Hüperei. In der Nacht zum 21. d. M. sind in der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Kaiserin-Augusta-Straße und Fichtestraße zwei in der Erde befestigte hölzerne Papierkasten herausgerissen und ein dritter erheblich beschädigt worden. Der eine der Kästen ist in der Nähe seines Standortes gefunden worden, während der zweite von den Tälern weggeschleppt worden ist. Offenbar handelt es sich um einen Dummjungenstreich und es gelangt hoffentlich recht bald, die Täter zu ermitteln. Wer Angaben zu machen vermag, die zu ihrer Ermittlung führen könnten sowie solche über den Verbleib des zweiten Papierkastens, wird gebeten, sich baldigt bei der Polizei zu melden.

Sächsische Angelegenheiten.

Fruchtbare Arbeit im Justizministerium.

Zur Erneuerung der Rechtspflege.

Erfahrungsgemäß finden die jungen Juristen während ihrer Vorbereitung auf den künftigen Beruf nicht hinreichend Gelegenheit, sich der Recht schaffenden Kraft wirtschaftlicher und kultureller Bedürfnisse bewußt zu werden und die Bedeutung der leitenden Rechtsgebanten für die Handhabung der gesetzlichen Normen kennen zu lernen. Darauf beruht offenbar zu einem nicht geringen Teil die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht zu vereinbarende Neigung vieler Juristen, bei der Anwendung der Gesetze rein formalen, begrifflichen Gedankengängen vor einer freien, den Anforderungen des Lebens entsprechenden Abwägung der widerstreitenden Interessen den Vorzug zu geben.

Es ist deshalb ganz besonders zu begrüßen, daß Justizminister Dr. Siegener dem juristischen Nachwuchs neuerdings die Möglichkeit geboten hat, sich mit den Auffassungen der Freirechtliche vertraut zu machen und den Einfluß neuerzeitlicher Rechtsideen auf die Rechtspflege zu erkennen. Auf seine Veranlassung ist für die im Dresdener Justizdienst beschäftigten Referendare seit dem Ende der Gerichtsferien eine Vortragsfolge über „Gesetzesanwendung und Rechtsfindung“ veranstaltet, in der die moderne Rechtsentwicklung dargestellt und auf rein empirischem Wege versucht wird, allgemeine Leitfäden für die Rechtsanwendung zu gewinnen.

Diese Vorträge, die in weiten Kreisen der Juristen Beachtung und Anklang gefunden haben, werden von dem vor einigen Monaten aus Hamburg ins Justizministerium berufenen Ministerialrat Dr. Schroeder gehalten, der in den Hansestädten in langjähriger umfassender Betätigung anerkanntermaßen einen neuen Typus der Juristen herangebildet hat. Wir hoffen, daß die Fürsorge unseres Justizministers für die Fortbildung der rechtsbesessenen Jugend dazu beitragen wird, die Rechtsprechung dem allgemeinen Volksempfinden näherzubringen und sie von Anschauungen zu befreien, die einer heute überwundenen Epoche entstammen.

Der Reichsinnenminister zum Fall Dr. Grille.

Zu der Angelegenheit des früheren Dresdner Polizeipräsidenten Dr. Grille, der seines Amtes enthoben und an das Oberverwaltungsgericht verlegt wurde, hat der Reichsminister des Innern Dr. Ritter auf eine Anfrage des demokratischen Abg. Dr. Kall diese Entscheidung getroffen:

„In tatsächlicher Beziehung wird festgestellt: a) Die Annahme, daß die „Dresdner Volkszeitung“ ein von der sächsischen Regierung offiziell bedientes Blatt sei, ist nach der Angabe der sächsischen Regierung unzutreffend. b) Die sächsische Regierung hat dem Polizeipräsidenten Dr. Grille bescheinigt, „daß er in bezug auf die Ermittlung der Rathenaumörder keines Vergehens schuldig sei“. Sie hält lediglich den Vorwurf aufrecht, daß Dr. Grille auch für die sächsische Regierung wichtige Nachrichten der sächsischen Regierung vorenthalten und ohne ihr Kenntnis zu geben, unmittelbar an den Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung weitergeleitet habe. Nach diesen Feststellungen wird die Anfrage wie folgt beantwortet:

1. und 2., nachdem die sächsische Regierung amtlich festgestellt hat, daß die gegen Dr. Grille erhobene Beschuldigung einer Begehung der Rathenaumörder hinsichtlich ist, liegt für die Reichsregierung zu weiteren Erhebungen kein Anlaß vor.

3. ob die Auffassung der sächsischen Regierung, daß Dr. Grille sich durch Vorenthaltung einer für sie wichtigen Nachricht einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht habe, richtig ist, unterliegt nicht der Beurteilung der Reichsregierung, da die Regelung des Verhältnisses zwischen den Ländern und ihren Beamten in dieser Hinsicht ausschließlich Landesache ist.

Die Dresdner Nachrichten bringen es angesichts dieser Antwort des Reichsinnenministers fertig, von einer „Sakrosanktheit der Beschuldigungen“ gegen Dr. Grille zu reden. Die Angelegenheit aber, die zur Enthebung Dr. Grilles von seinem Posten als Polizeipräsident geführt hat, wird in der Antwort des Reichsinnenministers ausdrücklich als eine eigene Angelegenheit der sächsischen Regierung bezeichnet.

Immer noch Müller-Heim.

Der Wahlaustrich für Ostachsen trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen und nahm die Prüfung der eingegangenen acht Wahlvorschläge vor. Benachbungen fanden nicht statt. Auf eine Anfrage, ob die auf der Liste der Wirtschaftspartei des Mittelstandes stehenden Kandidaturen Müller-Heim, Hohfeld und Stephan, wie in den Zeitungen zu lesen war, ihre Kandidatur zurückgezogen hätten, erklärte der Wahlkreisleiter, daß ihm keine dahingehende Erklärung zugegangen sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr Müller-Heim mit seiner Erklärung, daß er seine Kandidatur zurückziehe, nur ein Manöver ausgeführt hat, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

Wir berichteten kürzlich von dem Ergebnis einer Gerichtsverhandlung, nach der vom Gericht als wahr erachtet wurde, daß sich Herr Müller-Heim in der Resolutionszeit bemüht habe, eine Stellung in der Dresdner Volkszeitung zu erlangen. Der Angeklagte behauptet jetzt öffentlich, Genosse Robert Grösch, der Hauptzeuge in dieser Angelegenheit, habe einen Fallhieb geschworen. Wie die Dresdner Volkszeitung berichtet, ist deshalb gegen Müller-Heim sofort Strafantrag gestellt worden.

Im Namen des Volkes! In der Privatklage des Schriftstellers Georg Müller-Heim in Dresden, Privatkläger, gegen den Schriftsteller Heinrich Fleißner in Leipzig, Angeklagten, wegen Beleidigung, Vergehen nach §§ 186, 200 StGB. und § 20 Preßgesetz, Reichsgesetz vom 7. Mai 1884, hat das Schöffengericht zu Dresden in der Sitzung vom 30. August 1922, an der teilgenommen haben: 1. Amtsgerichtsrat Bucher als Vorsitzender, 2. Maschinenarbeiter Schulz, 3. Kaufmann Blümke als Schöffen, Referendar Thiel als Gerichts-Schreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte Heinrich Fleißner wird wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von dreitausend — 3000 M. — im Nichtverweigerungsfalle für je dreihundert — 300 M. 1 Tag Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Er hat auch dem Privatkläger die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil dieses Urteils auf Kosten des Angeklagten in der Leipziger Volkszeitung und dem Dresdner Anzeiger bekanntzumachen und zwar bei jeder in dem die Sächsischen An- gelegenheiten betreffenden Nachrichtenteile. (gez.) Bucher, Ausgefertigt am 8. Oktober 1922. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts Dresden, 8. Strafkammer, Brandt.

Begnabigung. Der Reichsmehrschrotat Venne aus Döbeln, der wegen Ermordung seiner Geliebten vom Freiburger Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, ist vom sächsischen Gesamtministerium zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Vergenseld. Im nahen Grün läßt die Stidertfirma Kollmann u. Deißner ein Stidertfabrikations- und Geschäftsgebäude errichten. Am Montagmittag gab eine Ecke des Gebäudes nach und stürzte ein, den darüberliegenden Teil des Daches mit sich reisend. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. In kürzester Zeit waren die Verfallenen befreit, glücklicherweise alle drei noch am Leben. Schwerverletzt war der Bauarbeiter Fritz Köbel, die beiden andern waren glücklicherweise nur leicht verletzt.

und als das Schild „Zum Passauer Krug“ eine Wirtschaft verhielt, traten sie ohne Höflichkeit ein. Die niedrige Stube war ganz leer und die beiden ließen sich am Tisch neben dem geheizten Ofen nieder.

„Sichst du,“ begann Adrian, „wir müssen uns doch einmal ein bißchen aussprechen, ich habe ja doch einiges gegen dich auf dem Gewissen — heute machst dich das leichter.“

„Lassen wir alte Geschichten, die längst vergeben und vergessen sind, ruhen,“ antwortete Engmann abwehrend.

„Nein — ich habe dich einmal zu schändlich in die Tinte gebracht.“

„Doch nicht mehr als die andern. Nun, wir waren damals dumme Jungen —“

In diesem Augenblicke kam die zumbliche, schon reichlich verblühte Kellnerin aus der Küche und die beiden unterbrachen ihr Gespräch, um Bier zu bestellen.

„Aber das ist ja Henriette!“ rief Adrian.

„Sie war es und erkannte die Soldaten auch sofort. Schnell brachte sie das Bier und setzte sich zu ihnen, und nun begann ein Ausfragen und Berzählen.“

„Ich war gerade dabei, dem Engmann etwas aus unsrer Zeit im Stist zu berichten. Aber da Henriette ja sozusagen zu uns gehört, mag sie auch mit anhören,“ begann Adrian, als eine Lücke im Gespräch entstand. „Ich könnt euch ja wohl selber noch an den Gelddiebstahl auf dem Schlassaase erinnern.“

„Nah den doch ruhen,“ warf Engmann ein. „Der ist doch mit Kruses Tod erledigt.“

„Ist Kruse tot?“ fragte Adrian verwundert. „Ich so, das weißt du nicht mehr, da du schon vorher abgegangen warst,“ antwortete Engmann. „Man hatte erst mich fälschlich beschuldigt, aber schließlich wurde er als Täter erkannt und nahm sich das Leben.“

„Er als Täter? Und hat sich deswegen getötet?“

Adrian Sievers war blaß und verblüht geworden. Dagegen schob dem stillen Mädchen das Blut ins Gesicht:

„Das ist alles nicht wahr, ist Verleumdung. Und euch will ich heute sagen, wenn ich auch damals geschwiegen hab und nach dem Begräbnis feige davongelaufen bin. Wenn er noch lebte, würdet ihr mich heute nicht hier finden, dann wären wir Mann und Frau. Warum guckt ihr so daher? Ist das was Besonderes? Er hat nie gestohlen, niemals, denn ich hab um alle seine Wege gewußt und um jeden Pfennig, den er hatte. Hat man Geld bei ihm gefunden? Nein! Keinen andern Beweism haben sie gegen ihn gehabt, als daß er nachts nicht in seinem Bett war. Er hat nicht verraten wollen, wo er gewesen ist. Soll ich euch sagen? Bei mir ist er jede Nacht gewesen! Ja, bei mir — und da war nichts Unrechtes dran, denn wir waren heimlich verlobt, und wäre dieser saubere Hausvater, den sie nur zwei Jahren wegen Stillschweigen ein gesperrt haben, nicht ein solcher Lump gewesen, dann hätten wirs auch öffentlich geheielt. Aber es soll mir keiner mehr sagen, daß er ein Dieb war.“

Adrian hatte keinen Tropfen Blut mehr im Gesicht. Mit stotternder Zunge flüsterte er:

„Es wirts auch — keiner — mehr sagen, denn — der Dieb — war ich.“

Engmann sprang auf: „Du?“

„Wörter!“

Das Wort kam von Henriette. Sie warf den Kopf auf den Tisch und weinte lange. Sie erhob ihn auch nicht, solange Adrian seine Beichte erzählte.

So, lieber Herr, nun muß ich aber hier abbiegen. Vielleicht urteilen Sie über Selbstmörder künftig etwas weniger hart. Damit Sie aber wissen, wer Sie eines Besseren belehrt hat: ich heiße Engmann, Herbert Engmann.“



Die verbenden Betriebe des Staates.

Das Treiben der bürgerlichen Parteien gegen die sächsische Regierung, die Schritt für Schritt im Interesse der gesamten wert-tätigen Bevölkerung ihre Maßnahmen zur Besserung der wirt-schaftlichen Lage des Volkes getroffen hat, legt jetzt im Wahl-kampfe mit besonderer Schärfe unter Anwendung aller möglichen demagogischen Kniffe ein. Es lohnt daher, nachstehend einen ge-drängten Rückblick auf die Staatswirtschaft unter der sozialistischen Regierung zu werfen. Sofort wird der Beweis erbracht sein, daß die von zeitigem Egoismus getragenen Angriffe der bürgerlichen Gesellschaft wie Seifenblasen auseinanderfliegen.

die verbenden Betriebe des Staates

(Braunkohlenwerke, Steinkohlenwerk Zaukerode, Kalkwerke, Porzellanmanufaktur Meißen, Hüttenbetrieb, Blaufarbenwerk und Staatliche Mühle), die unter der jetzigen Regierung eine grund-legendende Aenderung erfahren haben. Im alten Verwaltungsstaate bezog der Staat etwa 80 v. H. seiner Bedürfnisse aus der Ein-kommensteuer und die restlichen 20 v. H. des Bedarfs aus den Ueber-schüssen der staatlichen Eisenbahn. Nachdem während des Krieges der Eisenbahnbetrieb sich aus dem Ueber-schubbetrieb zu einem Zuschußbetrieb verwandelt hatte, führte Sachsen zu der bis-herigen Landes-einkommensteuer die sogenannte Ergänzungssteuer ein, um die durch die Eisenbahn verlorengegangenen Ueber-schüsse zu decken und so das Staatsbudget im Gleichgewicht zu erhalten.

Der Staat bedurfte also zur Balancierung seines Etats Mittel aus den verbenden Betrieben des Staates nicht. Er wirtschaftete deshalb mit den Staatsbetrieben nach den Grundregeln, daß sie zwar nicht viel kosten sollten, daß aber auch nennenswerte Ueber-schüsse nicht erzielt zu werden brauchten. Die Folge war, daß die Staatsbetriebe technisch hinter den Privatbetrieben so zurückblieben und daß sie außerdem genau wie die Hofbetriebe mit einem ihnen nicht zuträglichen Bürokratismus umgeben waren. Diese Umstände fielen bei der grundlegenden Aenderung der Betriebe durch die jetzige Regierung sehr schwer ins Gewicht. War es gleich nach der Revolution durch die nicht ungünstige Finanzlage des Staates immer noch möglich, die Betriebe in der bisherigen Weise fortzuführen, so wurde es unter der jetzigen Regierung schon da-durch zur Unmöglichkeit, daß die Steuerbarkeit der Länder an das Reich übergegangen und Länder und Gemeinden lediglich auf Ueberweisungen durch das Reich aus der Reichseinkommensteuer angewiesen waren. Die überwiesenen Beträge langten nicht im engersten Maße für Länder noch für Gemeinden hin, um die Etats im Gleichgewicht zu halten und den Anforderungen gerecht zu werden. Das Finanzministerium unter der gegenwärtigen Re-gierung hat deshalb sofort den Grundsatze aufgestellt, daß Sachen als reiner Verwaltungsstaat nicht mehr denkbar sei, weil die Ein-nahmen unmöglich die Bedürfnisse und Anforderungen, die an den Staat in der gegenwärtigen Zeit gestellt werden, ausgleichen konnte. Es mußte deshalb, einmal der politischen Ueberzeugung entsprechend, andererseits aber auch aus notwendigen Gründen un-bedingt an die schnelle Umstellung des bisherigen Verwaltungs-staates in einen Wirtschaftsstaat gegangen werden. Die Umstel-lung in einen Wirtschaftsstaat bedingte, daß auch alle staatlichen Betriebe eine grundlegende Aenderung erfahren, die dann auch unter dem Widerstande der bürgerlichen Parteien, zum Teil auch der Kommunisten, durchgeführt worden ist.

Eine Ueber-sicht, wie die verbenden staatlichen Betriebe, die dem Finanzministerium unterstellt sind, überhaupt standen, war schon um deswillen nicht möglich, weil sie auf der Grundlage der kameralistischen Buchführung geführt wurden, das heißt die ein-zelnen Abteilungen forderten jedes Jahr einen bestimmten Betrag für das von ihnen verwaltete Werk an, und der nichtverbrauchte Betrag mußte am Schlusse des Geschäftsjahres wieder an die Staatskasse abgeliefert werden. Das wiederholte sich früher während der zwei-jährigen Etatsperiode aller zwei Jahre und während der ein-jährigen Etatsperiode jedes Jahr. Dadurch ging jede Ueber-sicht über die Betriebe, namentlich aber darüber, wie sie arbeiteten und wie sie finanziell abhinkten, verloren. Die erste Aenderung war daher die schon früher angeregte Beseitigung der kameralistischen Buchführung und Einführung der kaufmännischen Buchführung. Weiterhin wurden die Betriebe, soweit es bei der schnellen Umstellung möglich war, von Beamten, die aus den Hofbetriebsverwaltungen gekommen waren, entkoppelt und dafür Fach-leute unter Ab-schluss von Dienstverträgen eingestellt.

Ausschließung sämtlicher Staatsbetriebe

in stärkstem Tempo vorwärtsgetrieben, um so schnell wie möglich im Interesse der Allgemeinheit nutzbringend zu arbeiten. Das war äußerst schwierig und mußte gegen den

Widerstand sämtlicher bürgerlichen Parteien

durchgeführt werden, die bei dem ungeahnten Anlauf zur Ent-wicklung der Staatsbetriebe eine sehr gefährliche Konkurrenz für ihre Privatbetriebe erblickten.

Sie wollten deshalb wenigstens, da die Staatsbetriebe nun einmal da waren und sie nicht verhindern konnten, daß der Staat weitere wirtschaftliche Zweige übernahm, doch dafür sorgen, daß ihre Entwicklung wenigstens in sehr engen Grenzen gehalten würde, um Konkurrenzfähige Staatsbetriebe gegenüber den Privatbetrieben nicht aufkommen zu lassen.

Da die Staatsbetriebe, wie schon gesagt, technisch sehr rück-ständig waren und außerdem absolut keine Reservekräfte hatten, um eine schnelle Weiterentwicklung durchzuführen, war es selbst-verständlich, daß sie zunächst erheblicher Staatsmittel bedurften. Hier fehlten nun die bürgerlichen Parteien ein und versuchten, zu-nächst die Bewilligung dieser Mittel hinauszuziehen, damit die Beträge durch die Geldentwertung so hoch würden, daß ihre Be-schaffung zur Unmöglichkeit werden mußte, zum Teil versuchten sie auch, unbedingt notwendige Beträge abzulehnen, um dadurch den

Ausbau und die Effektivität der Werke zu verhindern.

Sente muß aber selbst von den bittersten Gegnern der Staatsbetriebe zugestanden werden,

daß die Entwicklung der Staatswerke trotz dem Widerstande harter wirtschaftlicher und politischer Kräfte, oder vielleicht ge-rade wegen des Widerstandes in überraschender Weise vorwärts-gegangen ist.

Wer die staatlichen Werke seit Ende des Jahres 1920 in ihrer technischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur nicht mehr ge-sehen hat, wird sie heute kaum wiedererkennen. Die grundlegenden Veränderungen spiegeln sich denn auch in dem finanziellen Er-gnis der einzelnen Werke wider. Insgesamt haben die Werke im letzten Rechnungsjahre einen Reingewinn von rund 20 Millionen Mark dem Staate überwiesen, das sind 14,22 Prozent der Kapital-einlage des Staates. An Abschreibungen, Rücklagen für die tech-nische Umgestaltung der Werke und für soziale Zwecke sind nicht mehr und nicht weniger als rund 50 Millionen Mark erfolgt, so daß der Bruttobetriebsüberschub etwa 70 Millionen Mark beträgt.

Braunkohlenwerk Hirschfeld,

das früher im Höchstfalle 400 000 Tonnen Braunkohlen förderte, fördert jetzt 1 Million Tonnen pro Jahr.

fast völlig aufgeschlossen ist nunmehr auch das Braunkohlenwerk in Wöhlen bei Leipzig, das nach der Ausschließung das größte Braunkohlenwerk der Welt sein wird.

Der immer fühlbarere Mangel an Steinkohlen hat zur Folge gehabt, daß die Bevölkerung mehr und mehr auf Braunkohlen um-gestellt worden ist. Der Bedarf an Braunkohlen ist also ein wesent-lich höherer als in den früheren Jahren, weshalb auch mit allem Nachdruck an der Ausschließung des Wöhler Werkes gearbeitet worden ist. Mitten auf den Kohlenfeldern kommt eins der größten Kraftwerke zu stehen, das mittels einer 100 000-Volt-Leitung ganz Westsachsen, zum Teil auch Nordbayern und Böhmen dann mit elektrischer Energie und Strom versorgen soll. Das

Elektrizitätswerk Hirschfeld

gibt, nachdem auch da die 100 000-Volt-Leitung fertiggestellt ist, seinen Strom bis nach Meisa ab und wird weiter bis nach Leipzig und dann nach Bitterfeld geführt, um so den Anschluß an das Reichskraftwerk zu erreichen. In Sachsen gibt es keine Privat-firma mehr, die in ausschlaggebender Weise die Stromversorgung in Händen hätte, vielmehr wird jetzt alles durch den Staat geregelt. Bei den letzten Werken, die in der Hauptsache noch in Privathänden waren und die noch einzelne Teile des Landes mit Strom versorgten, hat der Staat die Majorität der Aktien in seinen Händen, sie sind also auch Staatsbetriebe geworden. Auch hier öffnet sich, so-bald der Ausbau beendet ist, für den Staat eine erhebliche Ein-nahmequelle. Einstweilen verzinst die Elektrizitäts-Direktion die vom Staate gegebenen Gelder mit 6 Prozent.

Um den wirtschaftlichen Betrieben nun auch die völlige Elektri-zität zu geben, die sie unbedingt gebrauchen, um den sich täglich

„Volks-gemeinschaft“ — „Arbeits-gemeinschaft!“

Mit diesen Schlagworten gehen die bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf den Wählerfang und suchen dahinter ihre wahren politischen Absichten zu verdecken. Ihnen sind diese Schlagworte nur

ein Wahl-föder

für alle jene, die nicht alle werden. Die Volks-gemeinschaft erkennen die bürgerlichen nur an, so weit sie ihnen die Erfüllung ihrer politischen Wünsche bringt und ihrem kapitalistischen Profit-streben den weitesten Spielraum läßt. Dazu be-dürfen sie der von ihnen empfohlenen Arbeits-gemeinschaft, die nur dann Bestand hat, wenn die arbeitenden Massen auf die selbständige Vertretung ihrer Lebensinteressen verzichten und sich willenlos dem Verlangen des kapitalistischen Unternehmers nach Mehrarbeit fügen. Ein Tor, der auf die schönen Reden bürgerlicher Politiker von der Volks-gemeinschaft am 5. November hineinfällt. Sie sind nur eine Spekulation auf die Leichtgläubigkeit der Wähler und Wählerinnen seitens

der bürgerlichen Parteien

verändernden Verhältnissen gerecht zu werden, erscheint als letztes nur noch möglich, die Wirtschaftsbetriebe völlig von der Hofbetriebsverwaltung zu trennen. Die Hofbetriebsverwaltungen müssen nach bestimmten Richtlinien und Grundregeln geführt werden, die aber bei den jetzt täglich verändernden Verhältnissen für die Wirtschaftsbetriebe hemmend wirken. Deshalb ist die völlige Trennung der Wirtschaftsbetriebe von den Hofbetriebsverwaltungen notwendig. Leider wird diese letzte Maßnahme, die die Wirtschaftsbetriebe ganz frei und beweglich stellt, nicht mehr getroffen werden können, weil der Landtag durch die Stellungnahme der Bürgerlichen und Kommunisten nicht mehr dazu kommen dürfte, eine dahingehende Vorlage zu erbringen.

Die Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe des Staates zeigt aber, daß sie nunmehr einen nicht zu unterschätzenden Aktionsposten für den Staat bilden.

„Riesenschritte in der Volksschule in Sachsen.“

Das Urteil eines Schuldirektors.

Von den bürgerlichen Rednern und Schreiberseelen wird immer wieder entgegen besseren Wissens behauptet, die sozialistische Regierung habe nur Altbewährtes zerstört und nichts für die Allgemeinheit geleistet. Dabei hat sie auf allen Gebieten in den enge gezogenen Grenzen der Reichsgesetzgebung für alle Bevölkerungsschichten getan, was in ihren Kräften stand. Das wird von allen Fachleuten anerkannt, die nicht vorweggenommen die Politik und neuerliche Aufbaubarbeit der sozialistischen Re-gierung in den letzten zwei Jahren beurteilen. So dankte in einer öffentlichen Wählerversammlung in Harta Herr Schul-dirktor Brück dem Justizminister Zeigler dafür, daß er Hervorragendes an der Demokratisierung der Justiz geleistet hat. Weiter betonte der Herr Schuldirektor, der doch etwas von den Dingen verstehen muß, daß von der sozialistischen Regierung bei dem Ausbau der Volksschule geradezu Riesenschritte gemacht worden sind, die für das übrige Reich einzig und vorbildlich dastehen.

Herr Lehrer Schaller sagte in derselben Versammlung, daß unsre sächsische Regierung wegen ihres vorbildlichen Ver-haltens in Schulfragen geklärt werden muß. Wegen dieses vorbildlichen Verhaltens wollen alle bürger-lichen Parteien die sozialistische Regierung stützen und mit Hilfe einer bürgerlichen Landtagsmehrheit die in den letzten zwei Jahren durchgeführten fortschrittlichen Gesetze und Regierungs-maßnahmen anzuerkennen. Die Volksschule soll wieder, wie

im alten Obrigkeitstaate das Aischenbrödel unter den staatlichen Bildungsanstalten sein. Wer dieses verhindern und die Bildungs-möglichkeiten für die Kinder der Beschloßen nicht nur erhalten, sondern auch noch weiter ausbauen will, wähle am 5. November die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Die Deutschnationalen auf dem Wählerfang.

Die Deutschnationalen Leipzigs hielten am Mittwochabend in der Turnhalle des Carola-Gymnasiums eine Wählerversam-mlung ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Philipp referierte. Die Deutschnationalen enthielten in Leipzig nicht ihre wahren Ziele. Sie sagen nicht, was sie in Wirklichkeit sind, und was sie wollen. Sie gehen auf den Wählerfang. So sprach der Leiter der Ver-sammlung davon, daß die Deutschnationalen nur — die Einig-keit im deutschen Volke herstellen wollten. Daß sie die alten reaktionären Zustände, das alte System der Knechtschaft und Unter-drückung in Deutschland einführen, daß sie die Monarchie wieder aufrichten wollen, davon wurde nicht ein Wort gesagt. Der Referent dachte auch nicht daran, das deutschnationale Programm zu erläutern, und zu zeigen, wie denn nun die Deutschnationalen regieren und die Zustände ändern wollen; er begnügte sich im wesentlichen mit einer oberflächlichen und nativen Kritik der Sozialdemokratie, insbesondere der sozialdemokratischen Minister. Er bot den schwarz-weiß-roten Spießern manche dumme Bemerkung, die natürlich belacht wurde. Der Redner mußte zu-gedenken, daß die sächsische Regierung ihren Einfluß auf die Reichs-regierung in sozialistischem Sinne eifrig ausgenutzt habe. Er wertete über die Schulpolitik des Reiches, die ein Standart sei. Herr Dr. Philipp gehört nämlich zu denjenigen, die die Volksschule zer-schlagen möchten, und da seine Wünsche nicht schnell genug erfüllt werden, spricht er von einer Sabotage der Reichs-schulgesetzgebung, da auch die sächsische Regierung gebremst habe. Der Redner wies darauf hin, daß sich die Arbeitslosigkeit in größerem Maßstabe zeige; trotzdem wertete er gegen den Acht-tundentag. Es müßte mehr Arbeit geleistet werden. Natürlich, für die Ausbeuter. Kein Wort sagte der Referent zu dem un-gehörsamen Nahrungsmittelwucher der deutschen Produzenten. Die Inlandsgetreideernte sei schlecht. Die Erfüllung der Umlage sei nicht möglich. Das Brot müßte gestraft werden! So nimmt sich Herr Dr. Philipp der Notleidenden an. Den Besessenen will er Riesenschritte sichern, den Armen will er Kartoffel, wenn nicht gar Rübennrot geben. Ausführlich erörterte der Redner die Beamtenpolitik. Dann sprach er die Hoffnung aus, daß die — Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie so viel Zuwachs erhalten, daß diese nicht die Mehrheit im Landtage bekommen können. Man sieht, wie die Kommunisten von reaktionären Bürgertum eingeschätzt werden. Sie werden bereits als Hilfs-truppen der Reaktion in die Wahrechnung gestellt. Wer also kommunistisch wählt, hilft damit den Deutschnationalen. Zum Schluß beschäftigte sich der Referent mit den Demokraten, mit der Deutschen Volkspartei, deren Reklame zur Demokratie er rügte. In der Diskussion meinte ein Redner, in der Arbeiterkassette sei ein Umschwung zugunsten der Deutschnationalen zu verzeichnen. Natürlich nicht in Leipzig. Er nannte irgendeinen kleinen Ort. Natürlich die Deutschnationalen nur nicht verzeichnen. Bezeichnend aber ist es, wie vorzüglich sie die Wähler zu täuschen verstehen, wie sie sich harmlos zu geben wissen. Ihnen muß die Larve vom Gesicht gerissen werden.

Kaiser-Demokraten.

Die Leipziger Demokraten hatten sich für gestern Abend den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Herrn Senator Dr. Peter sen aus Hamburg bestellt, der über die Politik der Mitte sprach. Die ganze Rede war äußerst schwach, ein nationa-listisches Phrasengebimmel voller Widersprüche, die der Redner durch seine rhetorischen Fähigkeiten zu verdecken versuchte. Oder ist es kein Widerspruch, wenn Herr Peter sen zuerst einen heiligen Schwur auf die republikanische Verfassung leistete, dann aber für „Kaiserium und Demokratie“ schwärmte und es als „Schulb“ der Rechtsparteien empfand, das Kaiserium nicht fest genug verankert war und die Monarchie weggejagt wurden? Oder ist es nicht eine gedankenlose Phrase, wenn Herr Peter sen mit Empfindung rief: Wirlich Liberale gehören auf die Seite der Unterdrückten, nicht der Seiten, dann aber erklärt, das galt natürlich nur im alten Staat, nicht für den gleichen Rechtsstaat, die Zustände hätten sich vollständig gewandelt? Wo ist der gleiche Rechtsstaat? Wo hat sich etwas grundsätzlich gewandelt? Wird die kapitalistische Ausbeutung und Auswucherung der Massen heute nicht in der schamlosesten Weise betrieben und von den bürger-lichen Parteien unterstützt? Aber Herr Peter sen brauchte die Aus-rede von der vollständigen Aenderung der Verhältnisse, um mit seinen Freunden im sächsischen Landtag nicht in Konflikt zu kommen, die ja erklärt hatten, sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft, also nicht auf der Seite der wirtschaftlich Schwachen und Unterdrückten, sondern der Ausbeuter, oder — wie sich Herr Peter sen ausdrückte — der Seiten. Was Herr Dr. Peter sen über den Sozialismus sagte, war so ziemlich das dümmste, was wir je gehört haben. Der So-zialismus will nach Herrn Peter sen „durch Verordnungen und die Schule die Menschen von Egoisten zu Altruisten machen“. Mit einem solchen Gegner über Sozialismus zu reden, lohnt sich wirk-lich nicht. Nein, der Redner und seine Freunde sehen vom Sozialis-mus nichts, weil sie den Kapitalismus wollen. Herr Peter sen schwärmte für die schrankenlose freie Wirt-schaft, die den Wucher und die Ausbeutung fördert; sein ganzer Liberalismus besteht darin, daß er den unglücklichen Opfern dieser anarchischen Wirtschaft soziale Bettelstuppen anbietet: „Soziale Maßnahmen durch Produktionsgewinne der Einzelnen der Stärken.“ Und um diese Absicht nicht gar zu deutlich reden zu lassen, die echt „demokratische“ Phrase von der Klassen-vernichtung, von der Politik der Mitte, von der Mitarbeit aller, die gewillt sind, die Verfassung zu achten. Und diese Politik der Mitte soll nach Herrn Peter sen für Sachsen unbedingt notwendig sein. Weiß Herr Peter sen nicht, daß wir in Sachsen schon einmal eine solche Politik der Mitte hatten in der Koalition zwischen Mehrheitssozialisten und Demokraten, und daß diese Politik der Mitte elend Schiffbruch gelitten hat? Weiß er nicht, daß sein Parteifreund Dr. Brodau erklärt hat, in Sachsen ist zur Zeit gar keine andre als eine reinsozialistische Regierung möglich? Nein, die Politik der Mitte ist eine Illusion, die sich die Demokraten selber vormachen, um den Wählern ihren kapitalistischen Charakter zu verschleiern.

Die Aussprache, die übrigens nur einige Minuten dauerte, stand auf derselben Höhe. Ein Herr Karl Hoffmann erzählte, daß er der Lipinsker Versammlung beigewohnt habe. Er habe zwar nicht verstanden, was Lipinski gesagt habe, aber die Versammlung hätte dem Minister zugestimmt. Gewiß schmerzlich für Herrn Hoff-mann und die Demokraten. Herr Peter Reinhold sagte eben-falls sein Sprüchlein auf und bezeichnte es als Pflicht, die Demokratie vor dem Sozialismus zu schützen, während der Vorsitzende mit der Enthronung Lipinskis drohte. Nun, die Herren Demokraten sollen sich darüber die Zeit nicht lang werden lassen.

Neues Theater.

Kugelhübsch. (Handbrud verboten.) Fernruf 1416.
Donnerstag, den 26. Oktober: Die Besessenen...

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Handbrud verboten.) Fernruf 1416.
Donnerstag, den 26. Oktober 1922

Die Verführung des Piesco zu Genoa.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller...

Die zur Handlung gehörige Musik ist von Georg Meißig.
Wann nach dem 1. Akt (7. Bild).

Neues Operetten-Theater.

Kaistraße. (Handbrud verboten.) Fernruf 2484.
Donnerstag, den 26. Oktober 1922

Die Tansgräfin.
Operette in 3 Akten von Leopold Jacobson und Max Wolf...

In Szene gesetzt von H. Steinhilber. Musikl. Leitung: A. Jbel.
Personen: Gräfin Wolstein, Gräfin Wolstein (L. Jbel);...

1. Mit im Tanzlokal. 2. Mit im Palais des Marquis Wolstein. 3. Mit auf dem Dampfer...

Länge einstudiert von Emma Ehrenhans.
Wann nach dem 1. und 2. Akt.

Städtisches Kaufhaus
Donnerstag, 2. November, abends 8 Uhr:
Klavier-Abend von HENRI DEERING

Drei Linden

Heute abend 7 1/2 Uhr:

Ehren-Abend Max Hansen
Der Liebling des modernen Varietépublikum!
12 Varieté-Sensationen.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (T. 43643).
Meßamt, Markt 4, Th. Althoff, Petersstr.
Konsum-Verein, Karl-Heine-Straße.

Nachtfalter

Sainstraße 18

Allabendlich 7 1/2 Uhr

Rabarett

Ganz-Palast

Goldner Helm, L.-Eutr.

Morgen Freitag im prachtvoll dekorierten Saal

Oktoberfest-Ball!

Ganz frei! Original-oberbayr. Kapelle Jazzband-Tylophon.

In der vornehmen Diele: Künstlerkonzert.

Grosser Saal Sonnabend, den 18. November, und Kegelbahn noch einige Tage frei.

Pantheon

Dresdner Str. 20. Fernspr. 15357

Oktoberfeste.

Freitag u. Sonntag

Bücher Verzeichnisse

erhalten Sie gratis in der Leipziger Buchdruckerei A.G.

(Abteilung Buchhandlung) und in sämtlichen Filialen der Volkszeitung

Sonder-Angebot
Bettwäsche in Ratt., Lein.,
Reffel, Kissen, Rosen, Hbgr.,
grün, lein., Blot, Hamden
f. 5 u. D. i. Lein. u. Hbgr.
Fahlederschuh, Gr. 27-40,
Pantoffel w. unt. Tagespr.

Leon Kohls
Eind., Obermannstr. 4.
Haut-, Geldlechts-
u. Hornbl., v. neu. Schwäche
Dr. med. Dori, nicht approb.
Wittl. naturwiss. Gebl.
Leipzig, Kurprinzstr. 5.
Sprechst. v. 9-2 u. 4-8 Uhr.

Reformbetten
Küflerematten
ausgünst. Preisen in den
Spezial-Etagen-Geld
Kasse
Bismarckstr. 26, p. u.
Kreuzstr. 22, p. *

Ausstellung Der Mensch
Mehlhalle am Markt
Öffnungszeiten:
Werktag 10-7, Sonntags 10-6 Uhr
Verz. d. Führungen.
Dauerkarten Mt. 75 an der Kasse.



Eine gute deutsche Schokolade

Gestrickte Überblusen für Berufszwecke!

- Damen-Überbluse schwarz gemustert gestrickt 1395.-
Damen-Westen mit Arm, gemustert gestrickt, schwarz 1575.-
Damen-Westen mit Arm, glatt gestrickt, schwarz 1675.-
Damen-Überbluse reine Wolle, gestrickt wie Abbildung, in verschiedenen Farben 1675.-
Damen-Überbluse gute Qual., sehr warm, in modernen Farben 1985.-
Damen-Überbluse gemustert gestrickt, sehr warm, schwarz und farbig 2985.-



F. B. Eulitz

ROSENHOF

Windmühlenstraße 31 Tel. 14377

Täglich:

Radrennen der schönen Frauen

Erich Weiner | Ferry Rosen

in seinem selbst. Repert. als Hotelportier.

Und die „Schlager“-Burleske:

„Der ledige Ehemann“

(bleibt d. groß. Erfolges wegen am Spielplan)

Olympia-Tanzpalast.

Telephon 61246 | Burgstr. 77 | Strahnd. 8, 2, 3

Oktoberfest-Ball.

Morgen 7 1/2 Uhr

Grüne Schänke L.-Anger

Fernruf 60345

Oktoberfest

Freitag u. Sonntag

Gasthof Neustadt.

Leipzig-Neustadt - Fernruf 60688

Oktoberfest.

Freitag und Sonntag

Weisse Wand

Lichtspiele

Tauchaer Straße, neben Krystall-Palast

Heute ab 4 Uhr

für Erwachsene

Beginn des Riesenspiels

4 Teile 24 Akte

Die

Geheimnisse von Berlin??

I. Teil 6 fabelhafte Akte & I. Teil

Die Weltstadt in Glanz und Licht

sowie das weitere glänzende

Programm.

Ab Montag gelangt der II. Teil

zur Vorführung, darum versäumen

Sie nicht, den I. Teil dieses Sitten-

filmwerkes sich anzusehen!

Leipziger Schauspielhaus.

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Improvisationen im Juni.

Remise in drei Akten von Max Vogler.

In Szene gesetzt von Carl Hübner.

Der Komar: Martin Orloff (Stella Sabini); Zornstein, Tier-

twiler auf Schloß Orloff (A. Strab); Adam Jahn, ein Im-

provvisator (Franz Klein); Frau, seine Tochter (Liese Blau);

Samuel Will, Kaiser von Schloß Orloff (August Weber);

Van Will, sein Sohn (Walter Wehner); Dr. Wille, Leibarzt

Samuel Will's (Walter Postelbauer); Ellen, Schloß-

besitzerin (Sonja Stetler).

Einige Diener, einige Kriminalbeamte.

Regie: Carl Orloff an einem Set im Galsammergut.

Wann nach dem 1. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Restlos 7 1/2 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Vordarstellung.

Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Die Jungfern

vom Bismarckberg.

Alteines Theater.

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

„Kean“

Sonnabend

„Satyros“ und „Der zerbrochene Krug“

Erste Aufführung

Battenberg

Varieté: Anfang 8 Uhr.

Ehrenabend für Direktor Gustav Bertram

in seiner Glanzrolle Geopolis-Arbeiter.

Neu! Pst! Pst! Neu!

Operettenschwank in 3 Akten

Musik von Paul Linke

Morgen und folgende Tage: Pst! - Pst!

Battenberg-Theater Anfang 8 Uhr

Heute: Die Beichte einer Ausgestoßenen.

Morgen: Die Beichte einer Ausgestoßenen.

Vorverk.: Tageskasse 10-2, Sonntags 11-1 1/2.

Zigarr.-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Lichtspiele Alberthalle

Ab Donnerstag, den 26. Oktober

Der grosse Doppel-Spielplan.

In Todesangst

Spannender Sensationsfilm.

Außerdem

Der geheimnisvolle

Diamanten-Diebstahl

Eine sensationelle Industrie-Spionage-Affäre.

Sommer

wie Winter gebraucht nur

Schuhputz Nigrin

Schwarz, braun, gelb und weiß.



Schokolade wird enorm teuer!

Heute nochmals preiswertes Angebot in

Crème-Schokolade in fünf verschiedenen Geschmacksarten . 65 Mark

Milch-Schokolade 100 Mark

Schmelz-Schokolade 100 Mark

Martin Pirsch, Kakao-Großhandlung, Leipzig, Scharnhorststraße 26

Erhältlich nur Freitag u. Sonnabend in folgenden
Pfählen der Dampfwascherei Giltner & Co.
 Bayerische Straße 36 Kreuzstraße 29
 Eisenbahnstraße 58 Nürnberger Straße 24
 Ferdinand-Jost-Straße 16 Ranstädter Steinweg 14
 Frankfurter Straße 16 Reichsstraße 23
 Gerberstraße 2 Reitzenhainer Straße 23
 Goitschedstraße 12 Windmühlenstraße 9
 Gohliser Straße 51 Zschochersche Straße 31
 Könnertstraße 30 Zweinaundorfer Straße 5
**In den Paul-Riefenstahlschen Geschäften in
 Stötteritz und Scharnhorststraße 26**

Herren-Garderobe

Große Abschlüsse
 zum Teil vor der Preissteigerung
 ermöglichen es mir

**Schlüpfer / Paletots
 Anzüge / Cutaways
 Mosen / Gummi-Mäntel**
 in nur guten Qualitäten sehr preiswert abzugeben

J. Kindermann
 Neumarkt 1 / I. Etage / Kein Laden
 Seit 42 Jahren bestehend

Soeben erschienen! Soeben erschienen! ARBEITER-WANDKALENDER FÜR DAS JAHR 1923

328 Seiten mit 152 Bildern nach Zeichnungen deutscher, französischer, russischer, englischer, italienischer, ungarischer und amerikanischer Künstler und nach Originalphotographien, 8 farbige Beilagen, Geschichtskalender, Weltwirtschaftliche Notizen und Tabellen, Auszüge aus Werken, Schriften und Reden von Marx, Engels, Lassalle, Danton, Robespierre, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Karl Kautsky, August Bebel, N. Lenin, L. Trotzki, G. Sinowjew, Eugen Debbs, Clara Zetkin u. a. Gedichte und proletarische Kampflieder. Preis 280 ./.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Gummisohlen

In allen Größen wieder eingetroffen

Herm. Bothe, Lindenauer Markt 7

**Herrensohlen 550 Mark
 Damensohlen 450 Mark**
 Keine nassen Füße mehr!
 Garantiert haltbarer wie Leder!
Gummibeschlagnastill Schieferstr. 12, Hof.
 Ausschneiden! - Anzeige erscheint nicht oft.

Billigstes Fleisch

Großer Posten frisch geschlachtet
Dachse und Füchse
 Kaminchen usw. eingetroffen.
Wild-Zentrale Hainstr. 21, Durchgang

Abonnenten berücksichtigen bei Ihren Einkäufen die
 Inzerenten der Leipziger Bot. seit no



Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.
 ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tücht. Schnellpresser
 sofort für dauernd gesucht
L. Sieke & Co., Großbuchbinderei, G. m. b. H.
 Friedrich-List-Straße 11.

Schlosser
 für Lokomobilmontage und Setzungsanlage so-
 fort auf circa 4 Wochen nach auswärts gesucht.
 Lohn pro Woche 8000 Mk. und vollständig freie
 Station. Nur tüchtige Kraft. Meldung Sonn-
 tag früh bei
Richter, Kaditzsch b. Grinna.

**Tüchtiger
 Offsetmaschinenmeister**
 für Frankenthaler Maschine sowie
 ein Flachdruckmaschinenmeister
 gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden.
Wezel & Naumann Aktiengesellschaft

**Automaten-
 Einrichter**
 älter, erfahren, für
Pittler-Automat.
 sucht
Otto Trübenbach
 L. Schönefeld
 Dimpfstraße 27. *

6 Korbmacher
 sofort gesucht
A. C. Daberkow
 Selterh. Edlitzstr. 14
 Linde 2 und 3.

**Suche per sofort
 Jungen Mann**
 mit toller Schulbil-
 dung, laub. Hütte Hand-
 schrift, Bedienung. Etwas
 kaufmännische Kenntnisse
 erwünscht.
 Felleinkaufszentr. F. Sauter
 Lindenau, Leutscher Str. 2.
 Telefon 41303.

**Rauchwaren-
 Zurichter-Meister**
 sucht sofort Stellungs.
 Offert. unt. V. 42 an die
 Exped. d. Blatt. erbeten.

Verkäufe
 Gitt! Gitt!
Kein Laden
 daher staunend billige
 Kleinwollene
Damen-Strickjaden
 von 1650 Mk. an
 Prima
Herren-Strickjaden
 in allen Preislagen.
Bader
 Eisenbahnstr. 55, II. I.

Arbeiter
 zum Härten v. Stahl-
 federen sucht
Schreibfeder-Fabrik
 Lindenau
 Pünner Str. 124/126.
 Schuttmüchler, Wege bei
 Köstlerstr. 20, Kontor Hof

Damen-Wintermäntel

Ein groß. Post. da. Damen-Winter-Mäntel
 vom einfachsten bis zum elegantesten ist
sehr billig zu verkaufen
 Zahlungsvereinfachung.
 kein Preisauflage - Etagegeschäft
 ganz kleine Spesen.
E. Ulber, Gohlis, Gottschalkstr. 12, III
 Straßenbahnlinie 12 und 20

Wenig Unkosten
 gestalten mit
 einfachem Verkauf in
Anzügen
Schlüpfer
 gestroifte
 Broches
Arbeiter
 pa. Winterjoppen
 pa. Gummimäntel
 pa. Lodenmäntel
 Konfirm. - Anzüge
Käte Thieme
 Sporerstraße 10, I.

Gohrock, Cutaway
Jackett-Anzüge
 Gummi-Mäntel
 Hosen etc. etc.
Hahn, Johannspl. 8
 hinter der Kirche.*
 Eleg. Damen-Winter-
 Mäntel sehr bill. zu ver-
 kaufen. Zahlungsvereinfachung!
 Ohne Preisauflage!
K. Hertlein
 Eisenbahnstraße 33, II.
 Rinderwagen, Klavom.
 Postb. Pl. Birkenstr. 8. pt.

Zu spät

ist es noch nicht, Ihren Bedarf zu decken, denn
 die Preise für Textilwaren werden immer
 noch von Tag zu Tag teurer
 Ich verkaufe trotzdem noch weit unter den
 heutigen Einkaufspreisen:
 Hemdenluch, Barchent, bunt u. weiß,
 Bettzeug, bunt, Stangenleinen,
 Linon, bestickte Bettbezüge, Inletts,
 Dowlas für Bettfücher, Handtücher,
 Wischtücher, Taschentücher, Einfa-
 hemden, Damenhemden u. Weinleider,
 Wirtschaft- u. Wiener Schürzen
 usw. usw.
Rosenthal, Konstantinstraße 6, pt.
 Keine Ladenspesen, keine Personalspesen.
 Daher vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit.

Kanner

Eisenbahnstr. 5
 verkauft
 auffallend billig
Anzüge
 Militär-, gestroifte,
 engl. Leder-, Manchester-
 und schwarze
Hosen
Schlüpfer
Schuhwaren
Nur Eisenbahnstr. 5

Ein Posten
Blusen und Kleider
 sehr preiswert
Weigler
 Windmühlenstr. 31.*
Herrenstoffreste
 für Mäntel und Anzüge
 noch sehr billig abzugeben
Weigler, Fernruf 13299
 Windmühlenstraße 31.*
 Wollstoffe, Challeng
 Mod. Bettwerfzeug,
 Placow, Fröbelstraße 8.*
 Tapeten, Rolle v. 15 Mk. an
 Ecke Eisen- u. Körnerstr.*
 Rinderwagen, mod. v.
 Reich. Windorf, St. 90, pt.
 Herrenrad, gut erh., billig
 zu v. Kaufstr. 28, III.
 Herrenrad, frei, perf.
 Reich. Windorf, St. 90, pt.
 Fahrräder auf Teil-
 zahlung, neu u. gebraucht,
 Etage-8, Sternwartenstr. 27.*

Kaufgejuche

Kaufe Herren-Garderobe
 Wäsche, Betten, Leinwand,
 Kleid., Kautische Gasse 6,
 Straken d. Sattenberg.
 Alte Sofas, Matratzen,
 Möbel aller Art verkauft
 Krenkel, Brüderstr. 8 I.*
 Nähmaschinen, Möbel,
 Wäsche, Federbett, Lein-
 wand, Kleider, Herren-
 gläser etc. etc. etc.
 Bernberger Str. 11, I. 26104.*

Alte Fahrräder

auch defekte u. o. Gummi
 fault u. halt ab Scheffler,
 Fürberstr. 8, Tel. 5267.*
 Für 3 alte, auch zerbroch
Grammophonplatten
 gebe 1 gute, Schöffler, Gr.
 Fleißergasse 22, I. Lab.*
 Abgespielte, zerbrochene
Schallplatten
 kauft jeden Posten
Musikhaus „Mercur“,
 Weiersstraße 17, S. und
Musikhaus „Stern“, 36
 * Windmühlenstraße

Altblei
 kauft laufend
Enk & Westphal
 Leipzig-Lindenau
 Calvinststr. 35.

Bandoneon kauft
 sofort
 Gehl. Off. an Liebetrau,
 Bismarck-, Paulinenstr. 19.

Gold- u. Silberwaren
Platin-Zahngelisse
 Uhren, auch defekte
 Kotten, Ringe, Bruch
 kauft Uhr. Max Israel,
 Promenadestr. 5, Lad.,
 gegenüb. Königspavillon
 Telefon 24 775.

Selinger
 Brühl 23 (Wallager-Laden)
 kauft
Felle und Wildwaren

Achtung!
Felle
Metalle
Papier
Flaschen
 Hr. Kleinschloßberg 10, H.*

Rohfelle
 aller Art kaufen bei
 richt. Preis. Abnahme.
 da Selbstverdiener
J. & G. Feldmann
 - Felle on gross
 Reichstr. 18, Tel. 26907

Rohe Felle
 kauft Kolonweis,
 Am Dänischen Tor 12.*

Alte Gold- und Silberwaren

Zinn, Kupfer usw.
Perlen, Brillanten, Ferngläser
 können Sie streng vertraulich verkaufen
ROSENFELD
Querstrasse 35, I.
 am Kristall-Palast.

Badleinwand
 und Säcke kauft
Weigler, Tel. 13299,
 Windmühlenstraße 31.*

Schaf-Wolle
 gewaschen u. ungewaschen
 kauft Weigler, Tel. 13299,
 Windmühlenstraße 31.*

Sung!
 Kaufe aller Art
Felle
 Ziegen, Hasen, Kanin,
 Maulwürfe u. Wildwaren
 v. Händler u. Privat
Blach & Goldberg
 Brühl 27, Hofstr. 7, 25763.*

Achtung! Felle
 kauft Känzig
Keller & Graupner, I. 48278
 Lind., Demmeringstr. 34.
**Man achte genau auf
 Firma und Straße!**

Sung!
 Kaufe aller Art
Felle
 Ziegen, Kanin, Hasen,
 u. Wildwaren
 von Händler u. Privat
Otto Börner
 L. Schönefeld, Köstlerstr. 14
 Tel. 40882

Bermittelte Anzeigen

Liebertwolkwitz
 Blumenstr., 3-Zimmer-Wohn., Gas, Zubehör,
 laufe nach Leipzig, Schleißing, Peterstr. 44.

Saal (bis 300 Pers.)
 (neue Bühne) an einigen
 Sonntagen im Novbr. u.
 Dezbr. frei. Baumanns
 Gesellschaft (früher
 Volksgarten) Kirchstr. 32,
 Telefon 61 018.

I. Verleih-Institut
 feiner Gesellschafts-Anzüge
J. Kindermann
 Neumarkt 1, I. Trepp.*
Frack-Dachs
 verleiht feinsten, Anzüge
Hainstr. 6, I.

Maurer
-Werkzeuge
 und Reparaturen
Eckardt, Sophienstr. 10.

Inferate sind nicht an
 die Redaktion
 sondern an die Expedition der
 Leipziger Volkszeitung zu richten.

Wohnungen
 3g Mann i. Schlafst. od.
 möbl. Zim. in Lind. Off. u.
 R. 25 Br. Obermannstr.
 4. Stube in Go. od. Wd. gef.
 Off. Go. 10 Lindent. Str. 22.
 Junges kinderl. Ehepaar
 sucht 1 größeres od. 2 kleine
 Zimmer a. mit. Beding.
 Kochst. u. mögl. i. Ofen.
 Offert. u. 0. 281 an Hll.
 Volksw. Elisabethstr. 19.